OSTEUROPÄISCHE ZUKUNFT

ZEITSCHRIFT FÜR DEUTSCHLANDS AUFGABEN IM OSTEN UND SÜDOSTEN

Amtliches Organ des Verbandes deutscher Förderer der ukrainischen Freiheits-Bestrebungen „UKRAINE“, des Donau- und Balkanländervereins in Deutschland „DUBVID“ E. V. München, der „DEUTSCH-GEORGISCHEN GESELLSCHAFT“, Berlin, der „DEUTSCH-FINNLÄNDISCHEN VEREINIGUNG“, Berlin und des „DEUTSCH-NORDISCHEN VERBANDES“ E. V., Berlin.

Herausgeber: Dr. **Falk Schupp**, Berlin, Prinz Albrecht-Str. 3.
Verlag: **J. F. Lehmann**, München, Paul Heyse-Straße 26.

1. Juliheft 1917

:: :: Diese Zeitschrift erscheint monatlich zweimal 12—16 Seiten stark :: ::
Bezugspreis: halbjährlich für das Deutsche Reich und Österreich-Ungarn M. 8.—, für das Ausland M. 9.—. Einzelne Hefte 60 Pf. Anzeigenpreis: 40 Pf. für die viergespaltene Petitzeile. Beiträge und Besprechungsstücke wolle man senden: An die Schriftleitung der Osteuropäischen Zukunft, Berlin SW. 11, Prinz Albrechtstr. 3; Zusendungen für den Bezug sowie für Anzeigen
:: :: an J. F. Lehmanns Verlag, München SW. 2, Paul Heyse-Str. 26 :: ::
(Postscheck-Kto. München 129 — K. K. Postspark.-Kto. 59594 — Bankkonto: Bayer. Vereinsbank)

2. Jahrgang Nr. 13

Inhalt.

Mitteilungen.

Rußland und Großbritannien. Als Mitglied eines englischen Weltverteilungssyndikates ist Rußland am 2. August 1914 in den europäischen Krieg verwickelt worden: seine ehrgeizigen Diplomaten und seine imperialistischen Volksführer im Stile der Miljukows und Gutschkows haben aber damals wohl kaum geahnt und vorausgesehen, daß nicht nur dieses Weltverteilungssyndikat seinen Zweck verfehlen, sondern auch der englische Leiter des Geschäftes sein Ziel wesentlich verändern würde. So wie die Dinge sich nämlich im Laufe dreier Kriegsjahre auf den strategischen Schauplätzen und auf den Schaubühnen der Politik wesentlich anders entwickelt haben, als das vorausgesetzt wurde, so hat auch die anpassungsfähige und zielsichere englische Weltpolitik neue, andere Aufgaben ins Auge gefaßt. Das gilt besonders in bezug auf Rußland, das eine so gründliche innere Umgestaltung erfuhr, daß neben ihr naturgemäß das russische Interesse für das englische Weltverteilungssyndikat und die außerpolitischen Ziele der russischen Imperialisten deutlich in den Hintergrund treten musste.

Für den Juli oder August stehen, wenn nicht neue ungewöhnliche Ereignisse dazwischentreten, in Petersburg die Prozesse gegen die Männer des zarischen Regimes, gegen Stürmer, Protopopow und Schtscheglowitow in erster Reihe, bevor. Und die Verhandlungen werden wahrscheinlich den unumstößlichen dokumentarischen Beweis dafür erbringen, daß diese Männer entschlossen waren, sich von England möglichst bald zurückzuziehen. Es wird dann im neuen Rußland, besonders in den Kreisen des Kapitalismus und der Bourgeoisie, wahrscheinlich nicht an Leuten fehlen, die triumphierend mit der Hand auf die „hochgestellten Sträflinge der Peter-Pauls-Festung“ deuten werden: „Seht, die zaristischen Landesverräter!“ Aber damit wäre noch nichts bewiesen und der Masse des nun freien und selbständigen russischen Volkes wäre es vielleicht ganz bekömmlich, genauer nachzuprüfen, weshalb verantwortungsvolle Politiker desselben Zarismus, der den Krieg im August 1914 billigte, nach zwei Jahren dieses Krieges umgelernt und umgedacht hatten und entschlossen waren, einen entgegengesetzten Weg einzuschlagen. Es würde zu weit führen, an dieser Stelle weitschweifig darauf einzugehen, daß die Stürmers und Protopopows damals nicht nur eingesehen hatten, daß England ausschließlich für seine Interessen bis zum letzten russischen Soldaten zu kämpfen bereit war, sondern daß sie auch begriffen hatten, Rußland sei überhaupt um fremder Interessen willen unvorbereitet in einen Krieg geraten, aus dem es nur erschöpft und, wie nach dem japanischen Feldzug, als Beute seiner Feinde und Freunde gleicherweise hervorgehen konnte. Die Männer, die damals an der Spitze einer freilich durchaus nicht mustergültigen und würdigen Regierung standen, mögen außerdem aus den bitteren und schweren Lehren des Krieges die Überzeugung gewonnen haben, daß selbst das wirtschaftliche Kriegsziel, die vielgenannte „Befreiung Rußlands vom wirtschaftlichen deutschen Joche“, einfach deswegen nicht erreicht werden konnte, weil Rußland tatsächlich noch für Jahrzehnte fremder Lehrmeister auf diesem Gebiete bedarf und an die Stelle einer schließlich doch kulturbringenden deutschen Exploitation daher wahrscheinlich eine rücksichtslose englische getreten wäre . . . Doch lassen wir diese Argumente. Sie gehören der Vergangenheit und einem gestürzten Regime an, und die Verhältnisse haben sich von Grund aus geändert. Uns interessiert heute vielmehr das Wesen der gegenwärtigen russisch-englischen Wechselbeziehungen und die Frage, ob das in der zaristischen Vergangenheit abgeschlossene russisch-englische Bündnis auch für ein reformiertes und völlig umgestaltetes Rußland zweckmäßig ist.

Es ist seinerzeit viel davon die Rede gewesen, daß Engländer im März die russische Revolution machten, und es steht tatsächlich fest, daß Engländer mit dem Zaren einerseits und mit den Führern der Opposition anderseits kurz vor Ausbruch der Revolution über die wesentlichsten Fragen innerer russischer Politik verhandelt haben. Die allgemeine russische Unzufriedenheit mit dem innerpolitischen Kurs der reaktionären Regierung und die deutlich englandfeindlichen Bestrebungen des Kabinettes Golizyn gaben in England Anlaß zu ernstester Besorgnis. Den Engländern schwebte daher ein liberales und englandfreundliches russisches Ministerium als Ideal vor und in diesem Sinne sind sie in Petersburg tätig gewesen. Aber die anfänglich ruhige Bewegung, die sie wahrscheinlich selbst in Szene gesetzt hatten, wuchs ihnen bald über den Kopf. Statt zur Palastrevolution kam es zu einem absoluten Umsturz, und das alte Rußland brach jäh zusammen. Im Interesse Englands aber konnte es tatsächlich nicht liegen, Erschütterungen herbeizuführen, die alle Kampffähigkeit des verbündeten Riesen lähmen mußten. Das im schüttelnden Fieber innerer Erneuerung liegende russische Volk ist ja für diesen Krieg endgültig aus der Reihe der angriffsfähigen englischen Hilfsvölker ausgeschieden. Daran ändert weder die Verzweiflung des Kapitalismus und der Bourgeoisie etwas, noch Kerenskis Reisen an die Front, noch alle „letzten“ Versuche, der wachsenden Anarchie Herr zu werden. Selbst wenn die Armee, beschwatzt von Agitatoren und englischen Söldlingen, die in verbrecherischer Weise die mangelhafte politische Urteilsfähigkeit der russischen Soldaten ausbeuten, den Kampf fortsetzen wollte, so würde das doch nur zu furchtbaren unnützen Verlusten und Niederlagen führen, denn die Anarchie hinter der Front macht die Fortsetzung des Krieges unmöglich.

Man ginge fraglos den Weg eines gefährlichen politischen Irrtums, wollte man annehmen, daß England seit dieser russischen Überraschung sein Spiel in Rußland verloren gibt und darauf verzichtet, aus dem russischen Chaos reichen Vorteil für sich und seine Weltgeltung zu ziehen. Ganz im Gegenteil! In realpolitischer Erkenntnis der veränderten Lage der Dinge hat England die immer heilloser werdenden Widersprüche neuer russischer Wirklichkeit früh und von vornherein richtig als die Anzeichen eines unausbleiblichen politischen Bankerottes Rußlands auf Jahrzehnte hinaus bewertet und mit echt englischer Tatkraft und Entschlossenheit praktische Schlüsse aus dieser Sachlage gezogen: indem nämlich England seine russische Politik einer völligen Neuorientierung unterwirft und mit der Verwandlung des alten Verbündeten in ein neues Opfer seiner Aufteilungspläne rechnet, meldet es sich früh zur Stelle, um sich bei der bevorstehenden Verteilung des russischen Landüberschusses die wertvollste Beute zu sichern. Darum ist vor allem England an der Arbeit, das russische Chaos immer unheilvoller zu verwirren; darum nährt England vor allem die russische Anarchie durch eine verbrecherische Kriegshetze, die Zwietracht ins Volk tragen muß . . . Wie die Dinge sich heute im unermeßlich großen Vaterland des russischen Bauern gestaltet haben, liegt es in der Tat im Interesse des perfiden Albion, den ehemaligen russischen Verbündeten möglichst zu schwächen.

Man wird fragen, welche realen Schritte denn England bisher auf diesem Wege seiner neu orientierten russischen Politik getan hat!? Nun, im Rahmen eines kurzen politischen Aufsatzes lassen sie sich beim besten Willen nicht alle aufzählen. England geht in der Vergewaltigung Rußlands jedenfalls in einer Weise systematisch vor, daß der Erfolg unausbleiblich ist, unausbleiblich, wenn sich nicht im letzten Augenblicke russische Männer finden, die jäh sehen und erkennen, wohin das lecke russische Schiff treibt, solange im Lande die Anarchie wuchert und an der Front unnütz Millionen verkommen und verderben, die zu Hause nötig sind, wie das tägliche Brot. Die politische Anarchie hat Rußland bereits in weltpolitischem Sinne fast wehrlos an England ausgeliefert. Nicht der junge, ehrgeizige Zuckerkönig Tereschtschenko, der die Interessen des russischen Kapitalismus vertritt, macht Rußlands Außenpolitik, sondern der englische Botschafter oder die Petersburger Botschafterkonferenz der Entente. Und auch die Kerenskis, Schingarews und Nekrasows handeln letzten Endes auch nicht anders, als auf Befehl und Ersuchen aus London. Denn von englischem Gelde hängt es ab, ob ein russischer Staatsbankerott eines Tages Revolution, Freiheit und provisorische Regierung unter den Trümmern russisch-englischer „Freundschaft“ und zerschlagener Illusionen begräbt.

Aber die englische Politik hat in letzter Zeit auch greifbarere Beweise ihres Bestrebens geliefert, die Vormundschaft über Rußland im eigensten Interesse zu übernehmen. Ernstlich ist in Petersburg durch Vermittelung des amerikanischen Botschafters über die Abtretung Livlands und Estlands an England verhandelt worden und gleichzeitig berichten russische Blätter, englische Kapitalisten hätten den sofortigen Bau des seit Jahren geplanten Schwarzmeer-Ostseekanals beschlossen — freilich mit der bezeichnenden Korrektur, der Kanal müsse, statt bei Riga, bei Reval in die Ostsee münden; es liegt auf der Hand, daß in diesem Falle Engländer im englischen Reval eine diktatorische Kontrolle über den gesamten Ausfuhrhandel dieser wichtigen Wasserstraße üben würden. Aber diese Einkreisung Rußlands, die selbstverständlich zu einer unerträglichen völligen wirtschaftlichen Abhängigkeit des russischen Reiches von England führen muß, sperrt noch viel mehr russische „Fenster“ nach Europa und auf den Weltozean: im Einvernehmen mit England haben die Japaner heute im fernen Osten eine Position eingenommen, die sie zu unumschränkten Herren des dortigen russischen Handels macht; und in Alexandrowsk an der Murmanküste und in Archangelsk schalten und walten Engländer und Franzosen . . . Es führt zu nichts, noch weitere Angaben in dieser Richtung zu machen, noch weitere Einzelheiten der englischen Vergewaltigungspolitik anzuführen! Wer auch nur oberflächlich mit den Traditionen und Gepflogenheiten der englischen Politik vertraut ist und auch nur flüchtig im Bande der Geschichte Englands geblättert hat, der wird zugeben, daß England nicht England wäre, wenn es der russischen Beute keine Aufmerksamkeit schenken wollte.

Es erübrigt sich eigentlich, aus diesen Ausführungen Schlüsse zu ziehen. Rußland steht am Rande des Abgrundes und England ist der Letzte, der es vor dem Sturze behüten wird. Ist es da nicht eigentlich an der Zeit, daß endlich wahrhaft patriotische Männer in zwölfter Stunde in Rußland zur Geltung kommen und es aus dem Bereich dieses Abgrundes führen!? Der Abgrund aber ist der Krieg! (Z.)

Hanns Dohrmann.

OSTEUROPÄISCHE ZUKUNFT

ZEITSCHRIFT FÜR DEUTSCHLANDS AUFGABEN IM OSTEN UND SÜDOSTEN

Amtliches Organ des Verbandes deutscher Förderer der ukrainischen Freiheits-Bestrebungen „UKRAINE“, des Donau- und Balkanländervereins in Deutschland „DUBVID“ E. V. München, der „DEUTSCH-GEORGISCHEN GESELLSCHAFT“, Berlin, der „DEUTSCH-FINNLÄNDISCHEN VEREINIGUNG“, Berlin und des „DEUTSCH-NORDISCHEN VERBANDES“ E. V., Berlin.

Herausgeber; Dr. **Falk Schupp,** Berlin, Prinz Albrecht-Str. 3.
Verlag: **J. F. Lehmann,** München, Paul Heyse-Strasse 26.

1. Juliheft 1917

:: :: Diese Zeitschrift erscheint monatlich zweimal 12—16 Seiten stark :: ::
Bezugspreis: halbjährlich für das Deutsche Reich und Österreich-Ungarn M. 8.—, für das Ausland M. 9.—. Einzelne Hefte 60 Pf. Anzeigenpreis: 40 Pf. für die viergespaltene Petitzeile. Beiträge und Besprechungsstücke wolle man senden: An die Schriftleitung der Osteuropäischen Zukunft, Berlin SW. 11, Prinz Albrechtstr. 3; Zusendungen für den Bezug sowie für Anzeigen :: :: an J. F. Lehmanns Verlag, München SW. 2, Paul Heyse-Str. 26 :: ::
(Postscheck-Kto. München 129 — K. K. Postspark.-Kto. 59594 — Bankkonto: Bayer. Vereinsbank.)

2. Jahrgang Nr. 13

Finnland und Rußland.

Von Dr. Samuli Sarios, Helsingfors.

Finnland hat zwar eine Sonderstellung unter den zum russischen Reiche gehörenden fremden Nationalitäten als ein autonomes vom eigentlichen russischen Zarenreich getrenntes Staatswesen gehabt, aber im Grunde haben doch dieselben, von der Zusammengehörigkeit mit dem russischen Reiche herrührenden Kräfte, die bei den anderen nicht-russischen Völkern wirksam waren, auch in bezug auf die Gestaltung des politischen und nationalen Lebens Finnlands sich geltend gemacht. Die Folge ist das Hervortreten ähnlicher Ansichten und Tendenzen in Finnland wie anderwärts gewesen. Als das Leben innerhalb des Rahmens des russischen Reichskomplexes sich einigermaßen erträglich zu gestalten schien, hatten sich im Laufe der Zeiten Neigungen gezeigt, sich mit dem begrenzten Grade der Freiheit zur nationalen Entwicklung zufrieden zu geben, der in den gegebenen Verhältnissen zu Gebote stand. Dies hätte ja auch um so näher gelegen, als die großrussische Übermacht und insbesondere ihre immer größere Konzentrierung nach Petersburg, in die nächste Nähe Finnlands, geringe Aussichten zu einem erfolgreichen Kampf für eine vollständige nationale Freiheit zeigte. Aber je härter die zaristische Unterdrückung sich auch auf Finnland legte, um so fordernder trat auch die Notwendigkeit auf, sich gegen die aufdringende Denationalisierungsgefahr zu wehren.

Im letzten Jahrzehnt des 19. Jahrhunderts wie auch während der ganzen darauffolgenden Zeit ist das politische Leben in Finnland vom Kampf für die Voraussetzungen des eigenen finnischen Lebens erfüllt gewesen. Aber auch die Art dieses Kampfes trägt bei den Finnländern dasselbe Gepräge wie bei den anderen Völkern. Während eines früheren Abschnittes der Unterdrückung war es in erster Linie das Zarentum, welches gegen die politische und nationale Autonomie Finnlands vorging. Da war es natürlich, daß die Unterdrückten ihre Hoffnungen auf die oppositionellen russischen Kreise, auf die Liberalen und vielleicht noch mehr auf die sozialistischen und gerade revolutionären Elemente setzten. Diese stellten in Aussicht, Finnlands Rechte zu schützen, sobald sie sich einmal zur Macht aufschwingen würden. Ein Zusammenarbeiten mit diesen Elementen war daher natürlich. Finnländer beteiligten sich direkt an der Tätigkeit, die der Revolution 1905 voranging. Bei der Pariser Konferenz 1904, wo die Widerstandsparteien Rußlands, vor allem die Organisationen der fremden Nationalitäten, aber sogar die Kadetten mit Miljukow und Struwe über das Stürzen der zaristischen Tyrannei verhandelten, führte ein Finnländer den Vorsitz. Der sog. Nationalstreik in Finnland im Oktober 1905 war ein Glied des allgemeinen Kampfes, wenn auch infolge der Eigenart der finnländischen Verhältnisse von einem besonderen Charakter.

Nach 1905 folgte eine kurze Ruhepause. In Finnland war diese etwas länger als im eigentlichen Rußland, wo ja die Reaktion sofort einsetzte, wenn sie auch dort nicht die Volksvertretung völlig vernichten konnte. Aber wie bekannt, verstand die zaristische Regierung die Duma derart umzumodeln, daß sie binnen kurzem zur besten Waffe Stolypins gegen die russischen Nationalitäten wurde. An der Spitze der mit verdoppelter Intensität und mit durchgreifendem System in Gang gesetzten Verfolgungspolitik gegen Finnland, gingen die Oktobristen, dieselben, die sogar ihre Parteibenennung nach dem Manifest vom 17. Oktober 1905 angenommen hatten, wodurch die Kapitulation des Zarentums besiegelt wurde. Nicht einmal die „Kadetten“, die berufenen Wächter der konstitutionellen Demokratie, hatten nunmehr etwas anderes als leere Phrasen und Ausreden für die Erinnerungen an die Verpflichtungen gegen Finnland übrig. Als der neue Kampf gegen die reaktionäre Regierung der Bürokratie schließlich zur Bildung des „progressiven Blocks“ der Duma führte, hatte er in seiner Programmerklärung nur für eine schwache Andeutung des Wunsches einer versöhnlicheren Politik gegen Finnland Platz. Für die Grundfrage des finnisch-russischen Kampfes, für das Prinzip, daß die staatsrechtliche Stellung Finnlands nicht einseitig von Rußland, ohne in gesetzlicher Form durch die Volksvertretung gegebene Zustimmung Finnlands, verändert werden durfte, für dieses Grundprinzip hatte die Dumaopposition kein Verständnis.

Die Einsicht der Unmöglichkeit in Vereinigung mit

By

Rußland nicht einmal in anspruchsloser Form die Gründe des nationalen Daseins sicherstellen zu können, drang immer tiefer ins finnische Volk ein. Der Volksimperialismus hatte in Rußland zu tiefe Wurzeln geschlagen, er streckte sich zu weit zur Linken, um einem wenn auch bloß in seinem Innern autonomen aber in dessen ganzer Struktur vollkommen fremden Staate, dicht vor der Hauptstadt seines Reiches einen Platz zu gewähren, da er noch dazu im Wege für die Expansionsziele im Nordwesten stand, die die nationalistische Volksvertretung vom Zarentum geerbt hatte. Wohl hatte man vorläufig in Finnland kein wirksames Mittel, zu dem man in den herrschenden Verhältnissen greifen konnte. Ein moralischer passiver Widerstand war immer noch das einzige. Gleichzeitig arbeitete man jedoch auf ein Stärken des geistigen und materiellen Rückgrates des Volkes, so weit es in den engen, von dem Unterdrückungsregime und dessen Zwangsmaßregeln gezogenen Grenzen tunlich war.

Eine durchgreifende Änderung der Lage trat bei Ausbruch des Krieges ein. Neue Möglichkeiten boten sich dem unterdrückten Volke, als die Mittelmächte, mit Deutschland an der Spitze, den Kampf gegen Rußland aufnahmen. Es war natürlich, daß die Finnländer mit wärmstem Mitgefühl die Gegner ihres Erbfeindes umfaßten. Wenn der finnische Bauer von einem neuen deutschen Siege erfuhr, pflegte er zu sagen: „Unsere Truppen haben wieder einmal gesiegt!“ — so schreibt ein deutscher Verfasser, der im zweiten Kriegsjahre die Gelegenheit hatte, die Verhältnisse in Finnland und die dortige Stimmung zu beobachten.

Finnland war auch in der glücklichen Lage, daß seine Gefühle nicht davon getrübt wurden, daß seine Söhne gezwungen gewesen wären, in der russischen Armee zu kämpfen. Nachdem die Finnländer im Anfang des 20. Jahrhunderts durch ihren zähen Widerstand die geplante Einführung der russischen Wehrpflicht unmöglich gemacht hatten, ist das Volk von allem persönlichem Militärdienst frei gewesen. Die „unzuverlässige“ Haltung des Volkes hatte auch zur Folge, daß alle Pläne der Einberufung der Finnländer in der Kriegszeit aufgeschoben wurden.

Aber nicht bloß das Gefühl, sondern auch die politische Erwägung zeigte den Finnländern denselben Weg. Ebenso klar wie freimütig wurde der Standpunkt des Volkes in der auch von der deutschen Presse berichteten Rede geschildert, die der Chef der nach der Revolution eingesetzten finnländischen Regierung T o k o i am 20. April d. J. im finnländischen Landtage hielt. „Wir können“ — so bekannte der Redner — „die Tatsache, vor wem es auch sein mag, nicht verhehlen, daß die Auffassung und der Gedanke in unserem Volke immer allgemeiner, um nicht zu sagen, einstimmig wurde, daß der Sieg Rußlands Finnlands Unheil bedeute. Bei uns trat der Gedanke in den Vordergrund, daß, wenn es dem russischen Zartum gelingen würde, siegreich aus dem Kampfe hervorzugehen, die Stunde des Unterganges für die Nationen geschlagen hätte, die unter Rußlands Szepter vereinigt waren. In diesem Gesichtspunkte ist auch der Ausgangspunkt der Bewegung zu suchen, daß ein vaterlandsliebender finnländischer Jüngling nach dem anderen es für richtig und dem Wohl des Vaterlandes entsprechend fand, seine Kräfte zum Besten des Feindes Rußlands zu opfern, da man glaubte, daß nur auf diesem Wege das Ziel, die Freiheit Finnlands zu erreichen sei. Doch ein großer Teil, ja der größte Teil unseres Volkes bewahrte seine Kaltblütigkeit und nahm sozusagen eine neutrale Stellung ein, aber im H e r z e n n ä h r t e e s d o c h d i e H o f f n u n g, d a ß e i n e Z e i t k o m m e n w e r d e, w o d a s g a n z e r u s s i s c h e R e g i e r u n g s s y s t e m, ja, w o m ö g l i c h d a s g a n z e r u s s i s c h e R e i c h z u s a m m e n s t ü r z e n w e r d e, und daß wir die Freiheit durch die Aufteilung, die dann in Rußland erfolgen müsse, erringen würden.“

Nähere Mitteilungen über die Tätigkeit der Finnländer im Kriege dürfen vorläufig nicht gegeben werden. Es mag nur angeführt werden, was in der deutschen Presse Anfang dieses Jahres über einen „Unbewaffneten Bundesgenossen Deutschlands“ geschrieben wurde: „Durch seine ablehnende und entschlossene Haltung hat Finnland bewirkt, daß die Zahl der Gegner Deutschlands um mindestens 300 000 Mann niedriger gehalten worden ist, als sie sonst gewesen wäre. Dreihunderttausend kräftige, abgehärtete, kaltblütige Soldaten, die besten Schützen im ganzen russischen Reich. Diese Tatsache sollte nicht vergessen werden. Sie bedeutet etwa dasselbe, als ob 150 000 Finnländer in den Heeren der Mittelmächte gekämpft hätten. Aber auch gewisse andere Tatsachen sind von Interesse. Im Sommer und Herbst 1916 sind von der deutschen Presse verschiedene Ereignisse in Finnland — und in den finnländischen Gewässern — erwähnt worden, die den russischen Militärbehörden Kummer und Schwierigkeiten verursacht haben.“

Natürlich wurden die Haltung des finnländischen Volkes und dessen Handlungen der russischen Regierung bekannt. Wenn dieselbe auch solange wie möglich es vermied, durch ihre Maßregeln der ganzen Welt den „finnländischen Skandal“ zu verraten, wurde doch in aller Stille ein immer schwereres Zwangsregime in Finnland eingeführt. Die rücksichtslosesten Repressalien mit Massenverhaftungen und Verbannungen und sogar Hinrichtungen wurden vorgenommen. Einzelne und ganze Familien konnten den härtesten Verfolgungen nur auf Grund ihrer Gesinnung ausgesetzt werden.

Da brach die Revolution in Rußland aus. Durch die schweren Niederlagen, die die Mittelmächte Rußland zugefügt hatten, wurde sie zur Reife gebracht. Von der Haltung der Finnländer gegenüber der Revolution und dem von derselben geschaffenen neuen Rußland sind viele falsche Mitteilungen verbreitet worden. Vor allem sind diese durch die russische Revolutionsregierung und deren Alliierten aufgekommen, in deren begreiflichem Interesse es gelegen hat, der Welt die Anschauung beizubringen, daß der finnisch-russische Konflikt durch die Maßregeln der neuen russischen Regierung ein für alle Mal beigelegt worden ist, und Finnland sich beeilt hat, sich zu den neuen Freunden des neuen Rußland anzuschließen, wie unter anderen Miljukow erklärte. Der richtige Sachverhalt war ein ganz anderer.

Als die Mitteilungen vom Ausbruch der Revolution Finnland erreichten, war die Umwälzung in Rußland schon eine Tatsache. Es kam jedoch zu einer blutigen Abrechnung auch in vielen Orten in Finnland, aber ausschließlich unter den dort befindlichen russischen Elementen; Soldaten und Matrosen veranstalteten ein Blutbad unter ihren Offizieren. Die Finnländer benutzten diese Tage bloß, um ungesetzliche Beamte abzusetzen und die Spitzel und Handlanger der alten Regierung fortzujagen. Sogleich wurden auch Maßregeln getroffen, um, so weit es sich tun ließ, die neue Lage politisch auszunutzen, in der Absicht, Finnlands Stellung zu Rußland zu stärken. Die Lage war empfindlich. Die finnländische Administration war während des vorgehenden Gewaltregimes desorganisiert worden, das Volk war waffenlos und das russische Militär im Lande wurde durch Provokation immer mehr gereizt, so daß man von dessen Seite ganz Unberechenbares erwarten konnte. Die offizielle Macht war formell in den Händen der einstweiligen russischen Regierung in Petersburg, von deren Stellung man nicht viel wußte. Unter solchen Umständen war es notwendig, vorsichtig zuwege zu gehen. Die Unterhandlungen mit der einstweiligen Regierung führten zum Erlasse eines Manifestes an Finnland, worin die Wiederherstellung der alten finnländischen

Autonomie versprochen sowie eine Erweiterung der Befugnisse der finnländischen Volksvertretung in Aussicht gestellt wurde. Der Landtag wurde zusammengerufen und eine neue finnländische Regierung wurde auf der Grundlage der Zusammensetzung des Landtages eingesetzt. Auch die Militärfrage wurde erörtert. Von russischer Seite wurde kräftig darauf bestanden, finnländische Truppen aufzustellen, um im Kampfe gegen die Mittelmächte teilzunehmen. Auch diese Frage scheiterte an dem einstimmigen Widerstand der Finnländer.

Daß der Ausbruch der Revolution große Freude in Finnland weckte und Anlaß zu lebhaften Ovationen gab, war ganz natürlich, da das Volk sich von der unmenschlichen persönlichen Unterdrückung befreit fühlte, die die alte Regierung lange Zeit ausgeübt hatte. Außerdem war ja die Revolution das lange ersehnte Siegel für den Schwächezustand in Rußland, der eine freiere Zukunft für Finnland in Aussicht stellte. Es ist bezeichnend, daß man in Orten, wo man sich nicht veranlaßt gesehen hat, sich von den Festlichkeiten völlig fernzuhalten, die von den russischen Soldaten zu Ehren ihrer bei den Revolutionskrawallen gefallenen Kameraden gefeiert wurden, die Gelegenheit benutzte, um finnländische Freiheitshelden zu huldigen. So z. B. in Borgå, wo alles, mit der Predigt in der Domkirche angefangen bis zu Arbeitsdemonstrationen auf den Straßen, zu einer imponierenden Huldigung für den bekannten Eugen Schaumans wurde, der am 16. Juni 1904 den damaligen russischen Generalgouverneur Bobrikoff erschossen.

Die neuerworbene Presse- und Äußerungsfreiheit ließ die Möglichkeit offen, den Gedanken des Volkes Ausdruck zu geben. Die in den Erfahrungen früherer Zeiten wurzelnde Überzeugung, daß Finnland sich seine nationale Zukunft bloß durch vollständiges Losreißen von Rußland sichern konnte, durfte jetzt unangetastet hervorgehoben werden. Sie wurde auch unzweideutig und vielfach zum Ausdruck gebracht. Nicht nur in der Tagespresse oder in Äußerungen auf privaten Versammlungen wurde diese Ansicht verfochten, sondern auch direkt von maßgebenden Stellen. Die Forderung der Selbständigkeit Finnlands als ein souveräner Staat wird von sämtlichen Parteien vertreten, von den Sozialdemokraten nicht weniger scharf als von den Bürgerlichen; bei ihren Kongressen haben die Parteien Resolutionen von diesem Inhalt gefaßt. Die Sozialisten, die die Mehrheit in dem finnländischen Landtag sowie die Oberhand in der neuen finnländischen Regierung besitzen, haben durch ihre Vertreter bei Verhandlungen mit dem holländisch-skandinavischen Ausschuß in Stockholm diese Forderungen offen ausgesprochen. Und auf eine autoritative Weise ist dies sowohl vom Präsidenten des Landtages bei der feierlichen Eröffnung der Sessionen wie auch vom Regierungschef in seiner obenerwähnten Rede in der Kammer zum Ausdruck gebracht.

Der Standpunkt der Sozialdemokraten ist ganz besonders hervorzuheben. Hätte es doch der finnländischen Sozialdemokratie nahe gelegen, ihre speziellen Zukunftspläne und Hoffnungen auf die russischen Meinungsgenossen zu setzen und demgemäß eine russische Orientierung zu suchen. Aber die finnländischen Sozialdemokraten wissen es besser. Sie sehen vollkommen ein, daß auf die sozialistische Zukunft in Rußland nicht zu bauen ist. Wenn die Geschicke Finnlands mit denen Rußlands zusammengekettet bleiben würden, müßte Finnland auch in der Zukunft an all den Erschütterungen und Schrecken teilnehmen, denen Rußland auf den vom Kriege und von der Revolution gebahnten Wegen unvermeidlich entgegengehen wird.

Kein Zweifel liegt also darüber vor, was das Ziel der Bestrebungen des finnländischen Volkes ist. Aber es ist auch klar, daß das bloße Vorhandensein der Bestrebungen nicht zum Ziel führt, daß die Forderung auf die Selbständigkeit durch bloße Äußerungen nicht verwirklicht wird. Daß viele Schwierigkeiten noch dem nationalen Ziel im Wege stehen und daß große Anstrengungen für deren Überwindung gefordert werden, größere denn je zuvor, dessen sind sich die Finnländer wohl bewußt. Welche Mittel hier zur Anwendung gelangen können, ist natürlich in wesentlichem Maße von dem weiteren Verlauf der Revolution in Rußland abhängig. Es könnte wohl von großem Interesse sein, die verschiedenen zu Gebote stehenden Mittel näher zu untersuchen, aus leicht erklärlichen Gründen muß doch der verehrte Leser auf diese Untersuchung hier verzichten. Es soll nur ausgesprochen werden, daß die Finnländer in ihren Bestrebungen nach wie vor auf das aufgeklärte Verständnis der Mittelmächte und deren kräftige Unterstützung rechnen, bedingt von den großen realen Interessen, die ein freies Finnland den Mittelmächten, vor allem aber Deutschland und dessen Ostseepolitik bieten würde. (m.)

Italiens Beschützerrolle in Albanien.

Von Luigi Jakovič aus Djakowa (Albanien).

Die Verkündung des italienischen Protektorates über Südalbanien und ein Teil von „Epirus“, das Einrücken italienischer Truppen in Janina haben als das Vorspiel zur Entthronung des Königs Konstantin von Griechenland erneut die Augen der ganzen Welt auf das albanische Problem gelenkt. Deshalb sei es einem albanischen Vaterlandsfreunde verstattet, vor der deutschen Öffentlichkeit die Stimme zu erheben und die Meinung des albanischen Volkes zum Ausdruck zu bringen.

Italien war nie Albaniens Freund, ja man kann es offen sagen, es war sein Todfeind. Mit schiefen Augen hat es von jeher über die Adria hinübergeblickt, um jede Gelegenheit zu erhaschen, sich auf Albaniens Boden einzunisten. Seine verlogene Schulpropaganda war ein erstes Mittel, doch unaufhörlich kommen unter allen möglichen Masken ihre Werbeagenten zu uns Albanern, um uns gegen Österreich aufzuwiegeln und für die Segnungen der Katzelmacherkultur zu gewinnen. Wenn aber je ein Zweifel über die verderbliche und eigennützige Absicht Italiens in Albanien bestand, so war es der kurze Traum der eigenen Königszeit, während welcher auch der Blindeste inne werden mußte, was Italien eigentlich wollte. Was es während dieser Zeit an Parteigängern gewann, sind feile Gesinnungslumpen, die dem Geldsack nachlaufen, einerlei, welche Landesfarben er trägt. Steigt man von dem albanischen Kernland im Norden herab gen Süden zu, so war Tirana, Kroja der erste Punkt, wo sich in den Toptani-Vloras die erste Verräteragentur Italiens befand. Der dortige Expascha Essad, der Skodra (Skutari) an die Tschernagorzen verschacherte, ist der Mustertyp dieser Gesellschaft. Südlich des Skumbi, wo die völkische Kraft des Albanertums in den weichlicheren Tosken nicht die gleiche stahlharte Prägung hat, wie bei den albanischen Alpenvölkern, war die Zahl der Paschas und Beys, die heimliche italienische Rentenempfänger waren, recht ansehnlich. Wir alle kennen sie, diese Vrionis, Libohowas, und wie diese Reihe anmutiger Charakterköpfe sonst noch heißen mag, die nur mit politischen Intriguen und anderen unsauberen Gewinnen ihr Dasein bestreiten, indem sie an den europäischen diplomatischen Kabinetten antichambrieren und aus den Geheimreptilfonds der Außenminister die Beiträge erbetteln, die sie für ihr

luxuriöses Leben in Europas Hauptstädten benötigen. Aus dem Verrat und Verkauf ihres Vaterlandes haben diese Leute von jeher ein Geschäft gemacht und sie verstanden es meisterlich, ihren Scheineinfluß in Goldmünze umzusetzen.

Wenn sie zu ihrer nationalen Verkommenheit überhaupt noch etwas hinzulernen wollten, so bot ihnen das Land Macchiavellis hierzu reichlich Gelegenheit, ist doch Südalbanien seit mehr als hundert Jahren nichts anderes gewesen, als der Hort tückischer Aufstände, gemeinsten Verrates dem eigenen Volke im Bauernkittel gegenüber. In Nordalbanien sind die italienischen Künste auf steinigen Boden gefallen. Dort unter den unabhängigen Stämmen erkannte man hinter den gleißenden Versprechungen italienischer Geheimwerber den Verrat und behandelte sie danach. Hätte der Mbret statt im unterminierten Durazzo in Skodra seinen Herrschersitz aufgeschlagen, so hätten die gemeinen Quertreibereien von Castalodi, Aljoti und anderen überhaupt keinen Erfolg gehabt und die Lage wäre heute sicher eine ganz andere.

Auch seit die Italiener im Jahre 1914 in Valona festen Fuß gefaßt, haben sie erneut den Versuch unternommen, ihren Einfluß nach Nordalbanien zu erstrecken, aber alle goldgespickten Unternehmungen sind nicht über den Matifluß hinausgekommen, der die Grenze zwischen edlen und unedlen Albanern nun einmal zu bilden bestimmt scheint. Im Süden haben die Italiener durch Geld die Beys mehr oder weniger leicht gewonnen, darunter auch jenen vielgenannten Ekrem Bey Libohova, welcher es verstand, durch die geduldige Feder einer schriftgewandten Münchener Dame ein ganz falsches Bild über sich verbreiten zu lassen. Als dies ein einträgliches Geschäft zu werden versprach, galt er als der glühendste Anhänger des Fürsten Wied, dessen Ansehen er als Hofmann gerade bei allen ernsten und rechtlich denkenden Stämmen des albanischen Hochlandes untergraben half. Dort hat man Ekrem nie anders wie als Hochstapler aufgefaßt und ihm auf das Äußerste mißtraut. Er hat diesem Urteil auch voll entsprochen, denn als es das bessere Geschäft wurde, über die Adria zu gehen und im Solde englischen Goldes in italienischen Diensten Verräterarbeit gegen sein Vaterland zu tun, war er sofort dazu bereit. Mit Hilfe englischer Sovereigns sammelte er ein paar hundert südalbanische Desparados, welche ihn nach der Art von Karl Moor zu ihrem Räuberhauptmann mit dem Titel „Präsident" wählten. Italien förderte diese, in seinen politischen Kram passende Pantomime nachdrücklichst, denn eine solche vortreffliche Puppe, die auch europäisch sich zu kleiden versteht und das Monokel vorschriftsmäßig ins Auge zu klemmen weiß, findet man selten unter den nur wenig von der westeuropäischen Äußerlichkeitskultur befleckten Beys. Ob sich Italien wirklich einbildet, mit einem derartigen Schattenspiel etwas anderes zu erreichen als Kinder und Mummelgreise zu täuschen? Wenn ihnen auch heute der Spott gleichgültig ist, sollten sie daran denken, daß die Nordalbaner gewöhnt sind, ihre Verachtung mit anderen Mitteln auszudrücken, es gibt in Skodra zwar keine geeigneten Laternenpfähle mehr, aber dafür eiserne elektrische Lichtmasten, die uns die Tschernagorzen hingestellt haben, an denen man ebenfalls ausgezeichnet Verräter aufhängen kann.

Wenn das südalbanische Volk erst aufgeklärt sein wird, über die Verkommenheit seiner Beykaste — und dieser Vorgang vollzieht sich mit unabwendbarer Konsequenz — dann wird man den vom Norden ausgehenden Rufen folgen und Skanderbegs Wahrzeichen auch im Süden anlegen.

Wenn wir Nordalbaner uns bewußt unter die Schutzherrschaft der Mittelmächte, insbesondere derjenigen unseres alten Gönners und großmächtigsten Freundes, des Hauses Habsburg gestellt haben, so wußten wir, was wir taten. Schauen wir doch nur auf die vielen schönen Kirchen, die uns der in Gott ruhende Kaiser Franz Josef geschenkt hat, auf die priesterliche Hilfe, die uns aus Südtirol gekommen ist und auf alle die vielen Segnungen, die wir der Donaumonarchie verdanken. Auch den bulgarischen Schutz der von Serbien geraubten Landesteile lassen wir uns gern gefallen, wir werden die guten Freunde und Nachbarn der Bulgaren auch künftig sein. Wie immer sich das Schicksal des von der Entente vergewaltigten Griechenlands gestalten mag, wir sind froh, bei guten Freunden zu stehen und auf die Zukunft vertrauen zu dürfen.

Die österreichisch-ungarischen Truppen wurden bei uns jauchzend als Befreier empfangen und was sie uns brachten, ist der Vorgeschmack kultureller Organisation und Ordnung, die wir in ihrer Vollendung in Bosnien kennen. Auch auf Deutschland blicken wir voll höchster Bewunderung und erwarten, daß unsere Jugend dort die ersten Antriebe zum Ausbau einer eigenen Wissenschaft bekommt. Auch die Segnungen der Technik erwarten wir von den beiden Mittelmächten, und freuen uns, schon jetzt die schönen Straßenbauten zu sehen, die die österreichisch-ungarische Armee begonnen oder vollendet hat Wir erheben die Forderung, daß auf dem Weltfriedenskongreß, der diesen größten aller Kriege beendigen wird, auch der von den Mächten anerkannte albanische Staat vertreten sein wird und dadurch beitragen kann zu einer neuen Ordnung der Dinge auf dem Balkan, die diesem eine friedliche Zukunft sichert. (Z.)

Ein russisch-ägyptisches Vorgehen zur Bekämpfung und Hintanhaltung der deutschen und österreichischen Ausfuhr.

Von F. Linke-Gerlach, Charlottenburg.

Unter dem Vorsitz des russischen Gesandten ist in Ägypten ein Ausschuß zustande gekommen, welchem eine Reihe von russischen und ägyptischen Mitgliedern sowie solchen britischer Nationalität angehört. Die Vereinigung hat als erste Tat eine „Fachzeitschrift" gegründet. Diese Zeitschrift führt den Titel: „Bulletin du Comité pour le Développement du Commerce Russe avec l'Egypte et le Soudan". Der Zweck dieser Zeitschrift wird in einer Einleitung klargelegt. Es sollen dem Leser und dem Einblicksuchenden Aufklärungen und Nachweise gebracht werden über alle jene Waren, die vor dem Kriege aus Deutschland und Österreich-Ungarn bezogen worden sind, die aber, nach Ansicht der Russen, ebensogut von Rußland gekauft werden können. Nachdem so der Zweck dieser neugegründeten Zeitschrift in einer Reihe von Seiten dem Leser klargelegt ist, kommen dann weitere 42 Seiten, die eine Anzahl von Begrüßungsadressen an die Mitglieder des Komitees und an die Leiter russischer und ägyptischer Handelshäuser enthalten, die sich bei dem russisch-ägyptischen Vorgehen hervorragend beteiligt hatten.

In dritter Reihe folgen dann Beiträge und Vorschläge, wie russische Waren als Ersatz für deutsche und österreichische benützt werden könnten, und es folgt schließlich die Tabelle, in welcher alle russischen Industrieartikel Aufnahme gefunden haben, die sich für die Ausfuhr nach Ägypten eignen. Schließlich

kommt dann eine weitere Aufstellung, in welcher alle jene Warengattungen aufgenommen worden sind, die bisher hauptsächlich aus Deutschland und Österreich nach Ägypten gelangten. Ferner wird ein kleiner Artikel veröffentlicht, der sich mit den Transportmöglichkeiten zwischen Rußland und Ägypten beschäftigt. Es mutet bei den heutigen Verkehrsverhältnissen etwas eigenartig an, wenn jetzt schon die Verkehrswege bezeichnet werden, welche Rußland mit Ägypten verbinden und unter diesen selbstverständlich der Seeweg als der wichtigste hervorgehoben wird. Ob die Türken die russischen Schiffe durch die Dardanellen lassen werden, ist eine Sorge, um die sich die Russen wenig bekümmern. Der „Transportaufsatz" ist übrigens auch in manch anderer Hinsicht höchst bemerkenswert. Man meint dort nämlich, daß zweifelsohne nach dem Kriege auch Rußland die sogenannten kombinierten Tarife einführen werde, wobei ganz darauf vergessen wird, daß solche Tarife nur dann möglich sind, wenn eine rein russische Schiffahrtsgesellschaft die Verbindung zwischen dem Schwarzen Meere und Ägypten herstellen würde. Man wird zugeben müssen, daß auch diese Möglichkeit vorherhand recht weit in der Zukunft liegt.

Der Schluß der Fachzeitschrift bringt eine Mitgliederliste des Ausschusses. Man hat die Absicht, alle drei Monate eine solche Nummer zu drucken, und man hofft, wie die russischen Redakteure sagen, daß auch von ägyptischer Seite recht viele Anregungen kommen werden, da begreiflicherweise doch auch die ägyptischen Verbraucher den Wunsch haben, schlechte russische Waren zu teuren Preisen zu kaufen. Denn gerade über die Hauptgründe des ganzen Vorgehens wird mit Stillschweigen hinweggeglitten. Wie ist es mit der Qualität? Wie ist es insbesondere mit den Preisen? Und wie ist es mit den Lieferungen überhaupt?

Die neue Fachzeitschrift hat den Ehrgeiz, als aktuell zu gelten, aber das ihr zugrunde liegende Verfahren ist englischer Sand, der den Russen in die Augen gestreut werden soll. Werden die Russen sich mit diesen plumpen Leimruten einfangen lassen? Wie es ferner mit den praktischen Resultaten dieser wirtschaftlichen Verbrüderungsversuche in der nächsten und ferneren Zukunft beschaffen sein soll, darüber nachzudenken, überläßt man bis auf weiteres dem Leser selbst. (Z.)

Die wirtschaftliche Zukunft des Donezbeckens.

Von E. Trott-Helge.

Seit die Industrie Rußlands sich immer mehr um Moskau konzentriert, weil die industriereichen polnischen und westrussischen Gouvernements von den Truppen der Mittelmächte besetzt sind, wenden die Moskauer Großkapitalisten ihre besondere Aufmerksamkeit der Hütten- und Montanindustrie des Donezbeckens zu, um sich mit Rohstoffen, Antriebskraft und Heizmaterial zu versorgen. Damit ist allerdings die Frage längst nicht gelöst, wie die Erdschätze jenes Gebietes der Großindustrie Zentralrußlands nutzbar gemacht werden können; vielmehr stößt die Versorgung jener Fabrikbetriebe Innerrußlands schon seit Monaten auf ernste Schwierigkeiten. Es ist beispielsweise nicht möglich, nur entfernt so viel Steinkohlen aus dem Donezkohlenbecken heranzuschaffen, um die für die Heeresindustrie arbeitenden Fabriken in Betrieb zu erhalten; von den anderen Fabriken gar nicht zu reden. Die Hauptschwierigkeiten bestehen darin, daß weder die Eisenbahn- und Wasserstraßen-Verbindungen zwischen dem Donezbecken und Innerrußland ausreichend sind, noch Rußland über genügend rollendes Material verfügt. Nach einer Berechnung der Bergindustriellen könnte im Jahre 1917 in jenen südrussischen Kohlen- und Eisengebieten die Produktion auf 2 Milliarden Pud gefördert werden, die der Verhüttung von Roheisen bis auf 20 Millionen Pud im Monat, sofern genügend Wagen für die Verfrachtung geliefert würden. Sie berechnen, daß der Wagenbestand der Jekaterinenskaja-Eisenbahn, der Hauptfrachtstrecke, nicht weniger als 45000 Wagen betragen müßte, um die russische Industrie ausreichend mit Kohle und Roheisen zu versorgen. Es ist infolgedessen von ihnen beschlossen worden, eine spezielle Konferenz zu bilden, deren Aufgabe es sein soll, über die Klärung der Transportfragen im Gebiete des Donezkohlenbeckens ständig zu beraten.

Ferner stehen zwei große wirtschaftliche Projekte gegenwärtig im Vordergrunde des Planes einer umfassenden Erschließung des Donezbeckens. Das eine betrifft den Bau einer neuen Eisenbahnverbindung zwischen dem Donezbecken und Moskau. Es handelt sich um die Unternehmung einer nordamerikanischen Finanzgruppe, die die Bahn innerhalb von 3½ Jahren fertigstellen soll. Das erforderliche Kapital von 500 Millionen Dollar wird von Finanzleuten, an deren Spitze der Vizepräsident der American International Corporation, F. F. Holbrook, steht, zur Verfügung gestellt, während die russische Regierung keine andere Hilfe leisten soll, als die Gewährung zollfreier Einfuhr aller zum Bahnbau notwendigen Maschinen, Materalien und Instrumente. Eine Sonderkommission des russischen Finanzministeriums hatte den Vorschlag zu prüfen. Der Plan ist auch gutgeheißen worden, nur über die Bewilligung der Zollfreiheit waren noch, als die Revolution ausbrach, die letzten Beratungen zu pflegen, da der damalige Finanzminister auf die Zolleinnahmen nicht Verzicht leisten wollte. Ob und inwieweit sich die neue provisorische Regierung mit der Frage bereits befaßt hat, ist noch nicht bekannt geworden. Fest steht indessen, daß das Projekt zur Durchführung kommen wird, und zwar in Gestalt einer doppelgleisigen Bahn von Moskau bis Lugansk. Von da ab wird die Bahn eingleisig bis Mariupol oder Tahanroh weitergeführt, also unmittelbar bis an die Küste des Asowschen Meeres.

Der neue Strang würde also die beiden Strecken Sewastopol—Charkiw—Moskau und Rostiw—Woronesch—Rjäsan—Moskau entlasten; um so wesentlicher dadurch, als der Bau in seinem größten Teile zweigleisig erfolgen soll und die Strecke vornehmlich dem Güterverkehr vorbehalten sein wird.

Der zweite große Plan zur wirtschaftlichen Erschließung des Donezbeckens besteht in der Errichtung einer Überlandzentrale. Hier sind es Moskauer Großkapitalisten, die eine Finanzgruppe gebildet haben, um die Versorgung des ganzen bergindustriellen Südens Rußlands mit Elektrizität in die Hand zu nehmen. Eine grandiose Überlandzentrale soll errichtet werden. Zwecks Durchführung des Planes wurde bereits die Aktiengesellschaft „Ugletok" mit einem Kapital von rund 150 Millionen Rubel begründet. Die Satzungen der Aktiengesellschaft sind schon zu Anfang des Jahres zur Prüfung vorgelegt worden, und da die neue provisorische Regierung eine wesentliche Vereinfachung des Verfahrens der Konzessionierung neuer Aktiengesellschaften eingeführt hat insofern, als künftighin nicht mehr der Ministerrat, sondern einzig das Handelsministerium die Genehmi-

gung zu erteilen hat, dürfte die Konzession inzwischen erteilt sein, zumal die Finanzierung gesichert ist.

In Charkiw wurde bereits ein besonderes Organisationsbüro der Gesellschaft eingerichtet. Namhafte russische Ingenieure und Juristen sind für die Mitarbeit gewonnen worden, um zunächst die Satzungen auszuarbeiten, die erforderlichen statistischen Vorarbeiten zu leisten und die Voranschläge auszuarbeiten. Wirtschaftlich begründet wurde die Errichtung der Gesellschaft durch die aus dem Kriege unzweifelhaft nachgewiesene Notwendigkeit der besseren Versorgung Rußlands mit Heizmaterial, Roheisen, Metallen und anderen in Südrußland gewonnenen Bodenschätzen durch intensive Vermehrung der Förderung.

Die Aktiengesellschaft „Ugletok" wird zunächst im Kohlenförderungsrevier des Donezbeckens drei große elektrische Stationen von je 75000 P. S. errichten. Diese Stationen sollen alle Bergwerke und Fabriken des Beckens, ferner die dort gelegenen Städte und Dörfer und endlich die industriellen Anlagen der benachbarten Gouvernements mit elektrischem Strom versehen. Nach Ansicht der Gründer lassen sich die Pläne der Gesellschaft indessen nur unter der Bedingung verwirklichen, daß der Gesellschaft und ihren Zielen staatliche Bedeutung zuerkannt wird. Infolgedessen haben die Gründer bei der Regierung beantragt, daß ihnen das Recht der Zwangsenteignung und Zwangsnutzung von privatem unbeweglichem Eigentum sowie von Grundbesitz öffentlicher Anstalten und des Staates auf gleicher Grundlage eingeräumt werde, wie es den Eisenbahnen durch Gestz gewährt worden ist.

Es dürfte kaum zweifelhaft sein, daß die beiden großen Wirtschaftsprojekte sowohl jetzt durch die provisorische Regierung mit allen Kräften Förderung finden werden, wie auch künftighin nach Bildung der Konstituante. Wenn heute der Brennpunkt der russischen Industrie in Moskau und Großrußland liegt, so bildet das südrussische mineralisch reiche Bergbaugelände die natürliche Versorgerin jenes Industriegebietes. Es muß also alles getan werden, um die Verbindungen von einem zum anderen in vollkommenster Weise auszugestalten und im Produktionsgebiete selbst die Förderung durch elektrische Kraftanlagen zu erhöhen. Nur dadurch wird es der russischen Industrie einerseits und seinem Berg- und Hüttenwesen andererseits möglich sein, Hand in Hand gehend, einen wirtschaftlichen Aufschwung jener Gebiete anzubahnen.

Gegenwärtig ist diese Perspektive allerdings höchst ungünstig. Nicht allein chronische Verkehrsnöte hemmen die Entwicklung des Wirtschaftslebens in Südrußland, sondern neuerdings haben die Streikunruhen einen solchen Umfang angenommen, daß die Zustände krisenhaft geworden sind. Die Forderungen der Arbeiterschaft werden vom Verband südrussischer Industrieller als unannehmbar erklärt; er droht mit Schließung der Hüttenwerke. An Stelle der Streikenden wurden gelbe und sibirische Arbeiter angeworben, aber sie liefen scharenweise weg. Schließlich baten die Grubendirektionen um Soldaten. Diese Wünsche konnten nur teilweise erfüllt werden. So kam es ganz von selbst dazu, daß die Förderschächte außer Betrieb gesetzt werden und die Hochöfen ausgeblasen werden mußten. Schon im Februar ds. Js. war dadurch ein empfindlicher Rückgang der Eisenproduktion festzustellen. (Für die Kohlenförderung sind Zahlen bisher nicht bekannt geworden.) Sie sank, verglichen mit dem gleichen Monat des Vorjahres, von $13^1/_2$ Millionen Pud auf 9637000 Pud herab. Im Januar 1917 hatte sie noch 12850000 Pud betragen. Das war im Zeichen der Kohlennot. Man kann danach ermessen, um wieviel mehr infolge des Generalstreiks die Kohlen- und Eisenproduktion gesunken sein wird.

Als Hilfsmittel für das notleidende südrussische Industriegebiet hat die provisorische Regierung durch den Handelsminister einen Gesetzentwurf ausarbeiten lassen, der die Monopolisierung des Steinkohlenhandels im Donezgebiete vorsieht. Danach sollen die vom dortigen Bergbau gelieferten Steinkohlen nur mit besonderer Genehmigung der Regierung durch Privatpersonen in den Handel gebracht werden. Ein zweites Projekt plant die Verpflanzung der Petersburger Industrie nach dem südrussischen Montan- und Hüttenbezirke. Aus beiden Maßnahmen erwartet die russische Regierung eine Zusammenfassung der wirtschaftlichen Interessen, Einkünfte für sich und Förderung der Industrien. Tatsächlich werden diese Hoffnungen zunächst trügen und erst dann wirklich Erfüllung finden, wenn in Rußland von Grund auf neue und geordnete Verhältnisse Platz gegriffen haben. Vielleicht kommt das im Zeichen der neuen Verfassung. (m)

Das russische Chaos.

Von Hanns Dohrmann, Berlin-Schöneberg.

Es ist überaus bedauerlich, daß sich die weitesten Kreise des deutschen Volkes aus der deutschen Presse kein wirklich ganz umfassendes Bild von den russischen Zuständen machen können; es ist bedauerlich, daß nicht die weitesten Kreise des deutschen Volkes einmal ein beliebiges russisches Blatt lesen können, um aus diesen direkten Nachrichten eine Vorstellung vom beispiellosen Drunter und Drüber zu gewinnen. Die Nachrichten unserer Tagespresse sind lückenhaft und oft recht unverständlich; das schlimmste an ihnen aber ist, daß sie einander oft widersprechen, das heißt auf verschiedene Quellen zurückzuführen sind: auf deutsche Quellen, die direkt aus russischen Zeitungen informiert sind, und aus den trüben Quellen Reuterscher und Havasscher Agenturen, die Rußland jederzeit so schildern und so darstellen, wie das gerade im Interesse der westlichen Ententemächte liegt. Die Wahrheit über Rußland erfährt die Masse des deutschen lesenden Publikums auf diese Weise kaum. Dabei aber herrschen im russischen Reich seit zwei Monaten Zustände, die in ihrer ganzen Erschrecklichkeit nicht nur schwer an ähnlichen Bildern der Zerrüttung aus historischer Vergangenheit zu messen sind, sondern Rußland als kampffähigen Gegner Deutschlands ganz ausschalten und nur deshalb nicht längst zur völligen Auflösung dieses zerrütteten Staatswesens geführt haben, weil an der Ostfront eben jede Kampftätigkeit ruht. An der Hand russischen Originalnachrichtenmaterials soll in folgendem der Versuch unternommen werden, das russische Chaos in großen Zügen zu zeichnen. Über diesem Bilde der Auflösung alles Bestehenden im russischen Reiche mögen aber gleichsam als Motto die Worte stehen, die der sozialistische russische Minister Fürst Tseretelli den Mitgliedern des Moskauer Arbeiter- und Soldatenrates zurief: „Ich sage euch, Kameraden, unser Staat ist in einer Weise zerrüttet, daß wir voll und ganz von der Gnade der Deutschen abhängen, wenn sie es wollten, könnten sie uns vernichten!" .. Diese Worte sind nicht leicht in den Wind gesprochen worden; man kann heute in der Tat von keinem „russischen Imperium" und keiner „russischen Republik" sprechen; aber die Bezeichnung „russische Anarchie" trifft durchaus zu.
einen bloßen Schatten von Autorität, gleichsam einen wesen-

Die Petersburger provisorische Regierung, die in den ersten Revolutionstagen die Macht an sich riß, vermag ihren Einfluß heute nicht weiter geltend zu machen, als bis Kronstadt oder Schlüsselburg. Ganz abgesehen davon, daß jede Stadt und jedes Dorf, jede Provinz und jeder Kreis sich tatsächlich selbst regieren, wenn sie nicht gar auch förmlich ihre Unabhängigkeit aussprechen, überwacht der Arbeiter- und Soldatenrat und überwachen ungezählte eigenmächtige „Kontrollinstitutionen" jeden Schritt dieser Scheinregierung, die heute kaum mehr darstellt, als in den allerdunkelsten Massen einen bloßen Schatten von Autorität, gleichsam einen wesenslosen, unpersönlichen Zaren, ohne den es beim wirklichen Russen gar keine Vorstellungsmöglichkeit gibt. Aber dieser „neue Zar" ist weit, noch weiter, als einst das Väterchen, und die Autorität seiner Existenz bleibt daher ein absolut platonischer Begriff. Die oasenhafte Isoliertheit und tatsächliche Machtlosigkeit dieser „Regierung" schließt es selbst für den Fall

von vornherein aus, Frieden mit Rußland zu schließen, daß sich die Mitglieder der provisorischen Regierung zu einem Frieden bekehren sollten. Denn wer in Rußland wollte heute ernstlich Entschließungen anerkennen, die von den Petersburger Marionetten gefaßt wurden!? Die Popularität eines Kerenski erlaubt es diesem immer mehr mißglückenden Gambetta, im ganzen Reich als „vornehmster Vertreter der Revolution" aufzutreten; aber auch seine Autorität löst sich in ein Nichts auf, wenn mehr als platonische Anerkennung für sie gefordert wird. Die Fremdvölker aber haben mit der Existenz der provisorischen Regierung kaum einen Tag lang gerechnet; und soweit die völlig verworrenen Verhältnisse es überhaupt erlauben, sind Finnländer, Esten, Ukrainer, Tataren, Sibirier und ungezählte andere Völker und Stämme längst daran, ihre Angelegenheiten nach eigenem Gutdünken zu ordnen.

Die Gewißheit, eine zuverlässige und pflichtbewußte Armee an der gewaltigen Front zu haben, hätte für die Regisseure des russischen Umsturzes die erste Bedingung sein müssen, unter der sie sich dazu entschließen dürften, in ihrem Vaterlande mitten im schüttelnden Fieber des gewaltigsten Völkerkrieges eine grundstürzende Umwälzung herbeizuführen. Die Kerenskis, Gutschkows und Rodsjankos überschritten in der entscheidenden Stunde den Rubikon, aber ohne diese Gewißheit und die Folgen dieser Unterlassungssünde führen nun trotz aller Verzweiflungsschritte und Gastspiele Kerenskis an der Front mit mathematischer Sicherheit zur Auflösung der russischen Armee. Kerenski selbst war es, der in Petersburg der staunenden Welt Mitteilung von einer der größten Ungeheuerlichkeiten der Weltgeschichte machte, als er verriet, daß 50 Prozent der aktiven russischen Armee desertiert seien! Und was sein Gehilfe, der Oberst vom Großen Generalstab Jakubowitsch, den Teilnehmern des Petersburger Bauernkongresses sagen mußte, unterschreibt der russischen Wehrfähigkeit vollends das Todesurteil: die russischen Munitionsvorräte sind zurzeit groß, weil die Front sich offen weigert, in einen Artilleriekampf mit dem Gegner einzutreten; Tausende von Offizieren nahmen ihren Abschied, weil die Soldaten ihre Weigerung aufgebracht hatte, an den Verbrüderungsfesten mit dem Feind teilzunehmen; Reserveformationen, die in der Stärke von 1500 Mann zur Front abgesandt wurden, zählten bei ihrer Ankunft im Schützengraben nur noch 70 Bajonette; und was die Verproviantierung anbetrifft, so sind selbst die Reste der sich auflösenden Armee seit Wochen genötigt, dicht hinter der Front gewaltsame Requisitionen vorzunehmen, zum Feinde überzulaufen, die Masse der Deserteure durch neue Fahnenflüchtige zu vermehren oder Hungers zu sterben.

Die Lebensmittelfrage und die Teuerung sind überhaupt unlösbare Probleme des neuen Rußland. In bezug auf die Nahrungsmittelnot hat Fürst Eugen Trubezkoi, der bekannte Moskauer Kadettenführer, während einer Kongreßsitzung seiner Partei voller Verzweiflung prophezeit: „In Stadt und Land fehlt es uns am Allernotwendigsten. Und das schon heute. Was soll aber erst werden, wenn der unvermeidliche Winterhunger seine dürre Hand auf uns legt!? Ich sehe es kommen: der Städter wird in Scharen aufs Land strömen, die Speicher im Dorf berauben und den Wald fällen; vom Lande aber werden die Bauern in die Städte ziehen und dort die Märkte und Läden plündern!" Trubezkoi hat mit seiner Prophezeiung recht behalten — und zwar viel früher, als er annahm. Schon heute hungert Rußland, hungert die russische Stadt und hungert das russische flache Land. Im Augenblick des Ausbruches der Revolution fehlten dem russischen Markt vier Millionen Pud Getreide für den Eigenverbrauch, und der neue Landwirtschaftsminister Schingarew, der diese Feststellung bestürzt machte, führte das Getreidemonopol ein. Aber 50 Prozent der russischen Saatfläche sind heuer unbestellt geblieben, und auch das Getreidemonopol wird Rußland im Winter nicht vor den furchtbarsten Folgen des allgemeinen Hungers retten. Was aber der Hunger in einem anarchischen Land bedeutet, braucht wohl nicht erst geschildert zu werden. Die Ausschaltung jeglicher staatlicher Ordnung spitzt die Lebensmittelkrise selbstverständlich grauenvoll zu; gleichlautende Nachrichten kommen hierüber aus fast allen größeren Städten des Riesenreiches. Hungerkrawalle und nächtelange Polonaisen vor den Lebensmittelgeschäften wechseln jetzt mit programmäßiger Folgerichtigkeit ab. Die Zufuhren aber versagen vollkommen. Ganz abgesehen davon, daß das Dorf nichts von seinem Überfluß abgibt und der Bauer im Rahmen der neuen Freiheit auch zu keiner Abgabe gezwungen werden kann, lassen sich die glücklich aufgespeicherten Vorräte nicht befördern. So wird aus den Städten des Südens gemeldet, daß dort wegen des Mangels an rollendem Material Millionen Pud Getreide lagern und verderben, während die Armee und die Städte hungern. Unglaublich aber klingt und ist dennoch wahr, daß in Petersburg zu wiederholten Malen ganze Eisenbahnzüge mit Fleisch, Fisch, Butter, Früchten usw. in völlig verdorbenem Zustande eingetroffen sind. Bei Wladiwostok aber sind im Laufe des Mai — sage und schreibe — zwei Millionen Pud Fleisch auf offenem Felde verfault; die Armeeintendantur hatte enorme Viehbestände aus China gekauft und schlachten lassen, als sich herausstellte, daß es zum Transport an rollendem Material fehlen würde. Kurz entschlossen wurde das Fleisch gestapelt und sollte eingefroren werden; aber die Stapel wurden zu hoch getürmt, unter dem Druck der übermäßigen Packung entwickelte sich Wärme, und heute ist die Gegend von Wladiwostok in den Dunst pestilenzartigen Gestankes gehüllt. Der russische Korrespondent, der seinem Blatte über diese unerhörte Katastrophe berichtet, schließt seine Mitteilung mit den verzweifelten Worten: „Was hilft der Trost der neuen Freiheit? Das Leben ist eine reale Wirklichkeit — ebenso wie der Hunger."

Im Zustand beispielloser Zerrüttung befindet sich das russische Verkehrswesen; jede Lebensmittelversorgung ist unmöglich gemacht, ganz abgesehen davon, daß jeder geregelte Geschäftsverkehr stockt. Die ihrem Schicksal völlig überlassenen, nie mehr gepflegten russischen Bahnstrecken befinden sich seit Monaten in der wildwuchernden Gewalt der desertierenden Soldateska. Mit zerschlagenen Fensterscheiben und dicht besetzten Dächern rasen die Soldatenzüge fahrplanlos durchs Land. Zivilisten werden mit Bajonetten aus den Zügen gewiesen. Die Telegraphenleitungen sind zerstört. Das Eisenbahnpersonal, das von den Deserteuren terrorisiert wird, gibt alle Versuche auf, Ordnung zu schaffen. Und das Material nützt sich ab, geht bei täglichen Katastrophen zugrunde und ist dem Warenverkehr völlig entzogen. Dasselbe gilt von dem Schiffsverkehr: Gewaltakte und mutwillige Zerstörungen sind auch hier an der Tagesordnung. Eine Millionenarmee aber wäre erforderlich, wollte die machtlose Regierung den Versuch unternehmen, gewaltsam Ordnung zu schaffen. Der russische Publizist Jablonowski, der die Behauptung aufstellt, auf Jahre hinaus müsse das russische Verkehrswesen als rettungslos zerrüttet angesehen werden, wenn nicht ein Diktator überhaupt Ordnung im Reiche schafft, charakterisiert diese unhaltbaren Zustände am besten.

Das ernsteste Kapitel der Geschichte russischer Gegenwartsanarchie aber ist das Agrarproblem. Man kann getrost sagen, daß der russische Bauer der Träger der russischen Anarchie ist, daß das russische Dorf Rußland in den Abgrund zerrt. Es ist der uferlose Kommunismus aus blöder Lethargie zu stierer Gier erwachter russischer Bauernschaft, der heute blind Milliardenwerte zerstört und das Gebäude russischer Staatlichkeit und Rechtlichkeit bis auf den letzten Stein des Fundamentes niederreißt. Was heute Rußlands Bauer in wenigen Monaten nicht nur an materiellen Werten, sondern auch an ethischen und rechtlichen Gesetzen und Begriffen zerstört, kann in Jahrzehnten nicht mehr eingeholt und gutgemacht werden. Die schicksalsschwere Legende vom Zauberlehrling wird an den Meistern der russischen Märzrevolution mit furchtbarer Deutlichkeit wahr: ward die Landaufteilung zum Schlagwort, das die Revolution überhaupt möglich machte, so wird sie der Umsturzbewegung heute zum Grab. Am anarchistischen Kommunismus des russischen Bauern wird und muß die Revolution scheitern. Der einmal ins Rollen geratene Stein wird mit zerstörender Gewalt bis auf den Abgrund rollen, und wahrscheinlich wird nicht eher eine siegreiche Gegenrevolution einsetzen, als bis das Werk beispielloser Vernichtung ganz vollendet sein wird. Aber aus dieser blinden Zerstörungswut der Massen schöpft doch heute schon die Reaktion Kraft und Anhang. Das beweist die Abkehr der bürgerlichen Parteien vom radikalen Revolutionsprogramm, die bereits heute auf den Parteitagen der Kadetten und Oktobristen offen zum Ausdruck kam. Das Spiel mit dem Feuer ist den russischen Volksführern teuer zu stehen gekommen und zu spät haben sie seine verzehrende Glut erfaßt. Das Rad einer unausbleiblichen Reaktion wird sie zermalmen! . . .

Mittlerweile aber flammt im Lande lodernd die wildeste Anarchie. Die Zahl der Opfer dieser „unblutigen Revolution" geht längst in die Zehntausende. Im ganzen europäischen Rußland teilt der Bauer das Land auf und vernichtet stier wertvollen Besitz. Hunderte von Höfen sind in Flammen aufgegangen, unersetzbare Schätze vergeudet. Meilenweit brennen im Reich die Wälder des Großgrundbesitzes und des Staates, weil der asiatische Bauer sie nicht anders zu nutzen weiß. Banden entsprungener Sträflinge, die oft einige tausend Mann stark sind, ziehen plündernd, raubend und mordend durchs Land; Barnaul, eine Stadt mit 20 000 Einwohnern, ist von solchen Banden bis auf einen Kranz ärmlicher Vorstadtstraßen in Asche gelegt worden. An der Wolga führen die Dörfer untereinander Krieg um unbeackerte Ländereien und liefern sich ganze Schlachten. Alle schüchternen Anfänge einer Kultur aber fegte der Vernichtungsinstinkt der dunklen Massen gleich in den ersten Revolutionstagen hinweg: die ersten Brandstiftungen galten den Schulen und als erste wurden Ärzte, Lehrer und Agronomen aus den Dörfern vertrieben. Deserteure von der Front predigen offen die Anarchie und den Krieg jedes gegen jeden. Mit dem Zaren aber ist auch Gott gestürzt worden; es ist nämlich der grauenvollste Zug im wüsten Charakterbild des millionenmal gleichen russischen Bauern, daß er ganz unvermittelt und ohne Übergang tiefste,

würdeloseste Demut gegen absoluteste Autoritätslosigkeit eingetauscht hat. Dieser Zug stempelt ihn zum Sklaven, in dessen düsteres Dasein wohl die Flammen blutgierigen Aufstandes und rachelustiger Auflehnung, nie aber das Feuer einer freiheitlichen Bewegung hineinleuchten können. Im Spiegelbild der Revolution bietet der russische Bauer, d. h. die Masse des russischen Volkes, daher nicht den Anblick einer Läuterung, sondern den einer satanischen Verzerrung.

Der Rauch des brennenden Rußland wird und muß in absehbarer Zeit die Petersburger Brandstifter vom März dieses Jahres ersticken. Das eigene Werk, die ausartende Revolution, hat ihren Führern, den Kerenskis und Genossen, das Todesurteil gesprochen. Aus tausend schweren Wunden blutend, wird ein auf Jahrzehnte hinaus furchtbar geschwächtes Rußland aus dem Chaos von Völkerkrieg und Revolution hervorgehen. Und dennoch wird das 170-Millionen-Volk mit seinen unberechenbaren, stets dem Zerstörungswerk dienstbaren Entwicklungsmöglichkeiten eine Lebensgefahr für seine westlichen Nachbarn bedeuten. Daher mögen wir uns in zwölfter Stunde für unabsehbare Zeiten entschlossen und rücksichtslos sichern. Denn noch ist es Tag! . . . (Z.)

Die galizische Bevölkerungsstatistik, ein Mittel zur Vernichtung der Ukrainer.

Von Dr. H. Zahirnyj.

Recht haben diejenigen, die behaupten, daß das statistische Material eine Kautschukmasse ist, die man kneten und formen kann, wie man will, und daß man durch geschickte Zusammenstellungen der Ziffern alles beweisen kann, was man braucht. Natürlich hat dieser Ausspruch keine Anwendung auf den gewissenhaften Statistiker, der in deduktiver Art aus der ziffernmäßigen Behandlung eines Gegenstandes mit der ganzen Objektivität eines Gelehrten, dem es um nichts als die Wahrheit sich handelt, irgendeine Erscheinung abzuleiten, bzw. zu beweisen strebt. Dagegen trifft der Vorwurf jene tendenziösen Pseudogelehrten, die das Zahlenmaterial nur dazu benützen, um willkürliche und ihnen passende Induktionen mehr oder weniger kunstgerecht herauszuschälen und dieselben dem nichtkritischen Publikum verschleiert mit dem Nimbus der Zahlenautoritäten aufzutischen. Besonders beliebt ist diese Methode des statistischen Hokuspokus bei einer Sorte von Politikern, die ihren nationalistisch-chauvinistischen Tendenzen durch kunstgerechte Verrenkungen der Nationalitätenstatistik, die bereits bei ihrer Entstehung Keime der beabsichtigten Operationen trägt, neue Nahrung zuzuführen.

Ein sehr dankbares Objekt dafür ist die Statistik der Verhältnisse zwischen den Polen und den Ukrainern. In gegenwärtigen Zeiten, wo sich das Los dieser beiden Nationen durch die Hammerschläge des europäischen Kriegsschicksals umschmiedet, hat dieselbe eine besondere Bedeutung erlangt; kein Wunder, daß sich die erprobte Kunstfertigkeit unserer Widersacher der Materie bemächtigt hat, um daraus so viel als möglich politisches Kapital zu schlagen. Es wäre wahrscheinlich ein Wunder, wenn es anders wäre; denn wir haben es mit einem Gegner zu tun, der aus der Geschichte nichts gelernt hat, der heute, wo sein eigenes Schicksal von der Gnade Fremder abhängt, ebenso seinen Machthunger auf unsere Gebiete erstreckt, wie damals, als er die Kraft hatte, dieselben unter seine Herrschaft zu bringen. Es ist direkt empörend, zu konstatieren, daß heute, da das Streben nach Abgrenzung der Nationen und ihrer Interessensphären geht, da die Selbstbestimmung oder wenigstens die Selbstverwaltung der einzelnen Volksstämme als Grundsatz der Weltpolitik gilt, da die ringenden Weltmächte eine ausgleichende Gerechtigkeit verkünden und in ihrem Namen die Waffen erhoben haben wollen, es ein Volk geben kann, das, selbst geknechtet, nicht in der Befreiung seines eigenen Stammes, sondern in der Unterjochung eines verwandten Volkes, mit dem das fluchwürdige Schicksal es eine Zeitlang verbunden hat, seine Aspirationen konzentriert und sie zum Gegenstande der politischen Aktion macht. Das und nichts anderes liegt allen Enunziationen der polnischen politischen Parteien zugrunde, von den Ultra-Konservativen und Ultra-Nationalen angefangen bis zu den Ultraradikalen und Sozialdemokraten und in der ganzen Flut der Publikationen und Schriften, die aus Anlaß des Krieges sich über den polnischen Damm ergossen haben, kehrt immer wieder der Refrain: „Ohne Galizien, ohne das Cholmland, ohne Wolhynien und Podolien gibt es kein Polen.“ Alle diese ukrainischen Gebiete und auch die weißrussischen und litauischen müßten an das künftige Polen fallen, das je nachdem, wem die Werbung gilt, einmal als Schutzmauer für die Zentralmächte gegen Rußland, ein anderesmal als Schutzmauer für Rußland gegen Deutschland und Österreich angeboten und angepriesen wird. Daß auf diesem so annektierten Gebiete Ukrainer wohnen in kompakter Masse und überwältigender Mehrheit, daß diese Gebiete von altersher ukrainisch sind, das ficht die Usurpatoren wenig an. Wir werden mit ihnen fertig werden, denken sie sich — geben es auch mitunter offen zu —, der beste Beweis ist ja Ostgalizien, wo wir unsere Herrschaft so prachtvoll ausgedehnt haben und die ukrainische Bevölkerung zurückdrängten. Es ist nicht unsere Schuld, daß die Ukrainer das geschichtliche Gebot „des Drangs nach Osten“ nicht verstehen wollen und sich dagegen wehren, behaupten die Eindringlinge, wir werden auch ohnehin an das Ziel kommen, wenn wir die volle, unumschränkte Macht entfalten werden können.

Diesen Versicherungen glauben wir aufs Wort, und weil wir eben glauben, so wehren wir uns und werden nicht aufhören uns zu wehren, und es wird nicht unsere Schuld sein, daß unser Land zu einer der gefürchtetesten Irredenta wird, sondern die Schuld derjenigen, die es auf solche Zustände ankommen lassen, vorausgesetzt, daß es überhaupt verantwortliche Lenker der Völkerschicksale geben kann, die solches Unglück an einem friedfertigen, eine ruhige kulturelle Entwicklung anstrebenden Volk verbrechen wollten.

Ein beliebtes Mittel der Polen zur Bekräftigung ihrer Aspirationen und vermeintlicher Rechte auf unsere Gebiete ist das Jonglieren mit statistischen Zahlen, die je nach Bedarf und Umständen, in kunstgerechter Form präpariert, vor den Augen des dafür bestimmten Publikums ihre Produktion aufführen, um den erwünschten Effekt zu erreichen. Doch es ist damit, wie mit anderen effektvollen Kunststücken. Kommt man auf die Spur des Geheimnisses und durchblickt man den fingerfertigen Trick, so bläst man auch den Zauber weg, und es bleibt nichts weiter übrig, als die Absicht des Tausendkünstlers einer mehr oder weniger geschickten Täuschung des Publikums.

Um jedoch nicht den schweren Vorwurf einer grundlosen Anklage auf uns zu laden und dabei den Wert und die Glaubwürdigkeit der unseren lauteren nationalen Bestrebungen viel Schaden anrichtenden statistischen Haranguierungen ins rechte Licht zu stellen, wollen wir die Ziffern analysieren, die unsere Gegner zusammengetragen haben und sich ihrer bedienen, um uns unsere Rechte zu nehmen und die ihrigen auf ein festes Fundament des Tatsachenmaterials zu stellen.

Man kennt Galizien als zweisprachiges Land, betrachtet auch im Auslande den westlichen kleineren Teil als von Polen, den östlichen größeren als von

Ukrainern (Ruthenen) überwiegend bevölkert. Bis vor kurzem wurde sogar angenommen, daß die Polen in Ostgalizien eine verschwindende Minorität ausmachten und hauptsächlich in größeren Städten und auf den immer spärlicher werdenden Gutshöfen wohnten. Die gewaltige Entfaltung des lärmenden polnischen Chauvinismus seit Anfang dieses Jahrhunderts, der in der allpolnischen und, wie man sich jetzt überzeugt hat, zugleich russophilen Richtung ihre Ausladung gefunden hat, hat auch die Losung nach einer gewaltsamen Verpolung des ukrainischen Elementes in Ostgalizien ergeben. Dank der wirtschaftlichen und besonders politischen Übermacht haben die Bestrebungen, die noch durch den blindwütenden Eifer der polnischen Geistlichkeit verstärkt werden und sich der verwerflichsten Mittel bedienten (z. B. der unter moralischem Zwang bei materieller Abhängigkeit bewirkten Übertritte aus dem griechischen in den römischen Ritus der abhängigen Dienerschaft oder der Angestellten der städtischen Gemeinden), einen gewissen scheinbaren Erfolg gehabt. Jedenfalls waren diese zwangsweisen Bekehrungen nicht ausgiebig genug, um weitgehende demographische Folgerungen daraus zu ziehen, und es blieb für die Zwecke, die weitausschauende politische Kombinationen darauf gründeten, nur die Verstärkung der bereits gut eingeführten und bestbewährten statistischen, spezifisch galizischen Methoden (nach Analogie der galizischen Wahlen und sonstigen Verwaltungspraktiken), die wir mit einer sehr delikaten Bezeichnung „Korrekturen der natürlichen Volksbewegungsverhältnisse“ nennen wollen.

In diesen schicksalsschweren Zeiten, wo alle Mittel recht sind, wenn sie nur die Eignung haben, dem Gegner zu schaden, spielen statistische Argumente, wenn sie als Waffe verwendet werden, eine große Rolle. Bei der großen Agressivität der Polen uns gegenüber wird von dieser Waffe viel Gebrauch gemacht. Wenn es legal geschieht, d. h. wenn die Waffe legal ist, können wir darunter wohl leiden, aber wir haben kein Mittel, ihre Schläge zu parieren. Geschieht es jedoch in nicht anständiger und illegaler Weise, also nach Art der Verwendung von Dum-Dum-Geschossen oder sagen wir noch besser fremder Uniformen oder Abzeichen im Kriege, so erachten wir es als unsere Pflicht, dagegen Protest zu erheben und die Angelegenheit vor die Öffentlichkeit zu bringen, einmal, um zu zeigen, wie die Verhältnisse tatsächlich liegen, ein anderes Mal, um die Methoden und Mittel der Behandlung unserer nationalen Frage in Galizien aufzudecken.

Zu diesem Zwecke reproduzieren wir das statistische Material aus einem Aufsatze, betitelt „Die Bevölkerungszunahme in polnischen Landen im 19. Jahrhundert“ von Prof. Dr. Josef Buzek, veröffentlicht in mehreren Heften der der österreichischen Orientierung der Polenpolitik gewidmeten, in Wien erscheinenden Wochenschrift „Polen“. Wir wissen, wer Josef Buzek, Professor an der k. k. Franzens-Universität in Lemberg ist und kennen die Rolle, die er vor dem Kriege gespielt hat. Als Reichsratsabgeordneter der Stadt Lemberg hat er sich der allpolnischen Partei angeschlossen und war sozusagen der Herold derselben. Bekannt geworden ist er durch die Entdeckung der Russen in Galizien, lange noch vor ihrer Invasion daselbst; zum mindesten hat er nicht nur die russische Nation in Galizien öffentlich anerkannt, sondern war auch der Verfechter ihrer Rechte, wie das ausdrücklich in einem Einladungsschreiben an seine Wahlmänner ruthenischer Nationalität russophiler Richtung hervorgehoben wurde. Freilich hat sich der schlaue Professor nach Kriegsausbruch aus der allpolnischen Partei zurückgezogen, und diese vorsichtige Haltung mag ihm zum großen persönlichen Verdienste angerechnet werden; zum mindesten zeugte sie von guter politischer Witterung und enthob ihn der Notwendigkeit, seine Gesinnungsgenossen zu einem Zeitpunkte abzuleugnen, als ihre hochverräterische Haltung und ihre Umtriebe öffentlich bekannt geworden sind, und sich sein Kollege, Exzellenz Glombinski, veranlaßt sah, etwas verspätet in der Rolle des heiligen Petrus zu debutieren.

In Nr. 53 „Polen“ ist auf Seite 10—13 die Galizien gewidmete statistische Glanzleistung vorgeführt, die wir ohne Änderung reproduzieren.

„Die Ära der germanisierenden Politik der österreichischen Regierung währte in Galizien nur bis zu den sechziger Jahren, seit Beginn der autonomischen Ära ist im Verkehr mit den Parteien die polnische Sprache gleichberechtigt mit der ruthenischen und deutschen, seit dem Jahre 1868 ist aber die polnische Sprache die Hauptsprache der inneren Amtierung. Die polnische Bevölkerung Galiziens ist seit langer Zeit der ruthenischen Bevölkerung kulturell überlegen; diese Überlegenheit tritt am deutlichsten in der Tatsache hervor, daß noch im Jahre 1910 in Österreich von 100 Polen im Alter von über zehn Jahren 27 nicht lesen und schreiben konnten, von 100 Ruthenen dagegen 61. Der hohe Prozentsatz der Analphabeten bei der ruthenischen Bevölkerung ist durchaus nicht durch den Mangel an Schulen für diese Bevölkerung bedingt. Ostgalizien war ganz im Gegenteil seit langer Zeit besser mit öffentlichen Schulen ausgestattet als Westgalizien. Noch im Jahre 1900 waren in Westgalizien von 30 Bezirken 21 solche, in denen mehr als 10 Gemeinden keine Schule hatten; in Ostgalizien waren von 50 Bezirken nur 17 dieser Kategorie. Im Jahre 1865 zählte man in Ostgalizien nur 956 römisch-katholische Schulen, griechisch-katholische gar 1762! Die tiefere Bildungsstufe bei der ruthenischen Bevölkerung muß man teilweise damit erklären, daß diese Bevölkerung beinahe ausschließlich eine ackerbautreibende ist, teilweise auch mit dem Nichteinhalten der Schulpflicht durch die ruthenische Bevölkerung. Auf diese Weise erklärt es sich, daß man auf 1000 Einwohner bei der griechisch-katholischen Bevölkerung im Jahre 1865 nur 28 die ruthenische Schule besuchende Kinder zählte, 80 im Jahre 1900, während bei der römisch-katholischen Bevölkerung diese Zahl im Jahre 1865 — 34 und 104 im Jahre 1900 betrug. Der höhere Bildungsgrad der polnischen Bevölkerung, ihre kulturelle und ökonomische Überlegenheit kamen im Gebiet der Bevölkerungsbewegung durch eine geringere Geburtenzahl zum Ausdruck, aber auch durch eine noch geringere Zahl der Todesfälle, infolgedessen hatte die polnische Bevölkerung eine größere natürliche Zunahme als die ruthenische. Diese einst bedeutenden Unterschiede in der natürlichen Zunahme der polnischen und der ruthenischen Bevölkerung gleichen sich allerdings nach dem Jahre 1900 aus; in den Jahren 1901 bis 1910 hatte die ruthenische Bevölkerung schon dieselbe natürliche Zunahme wie die polnische, dagegen ist die Dauerauswanderung bei den Ruthenen gegenwärtig bedeutender als bei den Polen; der größte Teil der galizischen Auswanderer nach Kanada ist nämlich ruthenischer Nationalität. Infolgedessen nahm die polnische Bevölkerung bis zum Jahre 1910 rascher zu als die ruthenische. Nähere Daten enthält folgende Zusammenstellung, die vorerst die Bevölkerung von West- und Ostgalizien nach dem Glaubensbekenntnis bringt:

	Westgalizien im Jahre		Ostgalizien	
	1860	1910	1869	1910
Römisch-katholisch	1 736 620	2 384 289	753 679	1 350 568
Griechisch-kathol.	74 094	87 233	2 237 815	3 291 821
Mosaisch	147 356	213 269	428 077	659 706
Andere Konfession.	9 751	8 419	30 624	34 307
Gesamtbevölkerung	1 967 821	2 693 210	3 450 195	5 336 177

Im Verlauf von 41 Jahren (vom Jahre 1869 bis zum Jahre 1910) nahm die römisch-katholische Bevölkerung in Westgalizien um 647 669 Seelen zu, in Ostgalizien um 597 177, die griechisch-katholische Bevölkerung in Westgalizien um 13 139, in Ostgalizien um 1 053 403. Die konfessionelle Zusammenstellung der Bevölkerung in Westgalizien hat sich wenig verändert; im Jahre 1910 waren hier 88,6 Prozent der Bevölkerung römisch-katholischer Konfession, nur 3,2 Prozent griechisch-katholischer und 7,9 Prozent mosaischer Konfession. Im Jahre 1910 machten die Juden in Galizien 12,4 Prozent der Bevölkerung aus, das ist genau so viel wie im Jahre 1869, dagegen traten hier im Zahlenverhältnis der römisch- und griechisch-katholischen Bevölkerung große Veränderungen auf. Der Prozentsatz der römisch-katholischen Bevölkerung stieg hier von 21,8 auf 25,3 Prozent, also um 3,2 Prozent. Dagegen ging der Prozentsatz der griechisch-katholischen Bevölkerung von 64,7 auf 61,7 zurück. Die bedeutende Zunahme des Prozentsatzes der römisch-katholischen Bevölkerung in Ostgalizien gehört zu der wichtigsten Erscheinung in der Entwicklung der Bevölkerung Galiziens.

Beinahe die ganze römisch-katholische Bevölkerung von Galizien ist polnischer Nationalität, hingegen ist die griechisch-katholische Bevölkerung ruthenischer Nationalität; die Juden bekannten sich im Jahre 1910 beinahe alle zur polnischen Sprache, früher bekannte sich ein großer Teil von ihnen zur deutschen. Die evangelische Bevölkerung Galiziens ist vorwiegend deutscher Nationalität. Mit dieser Erklärung bringen wir die Zusammenstellung, die die Bevölkerung von Galizien (ohne fremde Untertanen) nach der Umgangssprache darstellt.

	Westgalizien		Ostgalizien	
	im Jahre			
	1880	1910	1880	1910
Polen	1 982 255	2 560 820	1 076 967	2 114 792
Ruthenen	73 384	75 551	2 478 210	3 132 223
Deutsche	46 389	25 571	277 223	64 845
Andere	1 726	6 049	2 307	5 288
Zusammen	2 103 754	2 666 991	3 834 707	5 317 158

	Westgalizien		Ostgalizien	
	in Prozenten			
	1869	1910	1869	1910
Polen	88.2	88.6	21.8	25.3
Ruthenen	3.8	2.2	64.9	61.7
Deutsche	7.5	7.9	12.4	12.4
Andere	0.5	0.3	0.9	0.6
Zusammen	100.0	100.0	100.0	100.0

	In Prozenten in Galizien			
Nationalität	west		ost	
	1880	1910	1880	1910
Polen	94.2	96.0	28.1	39.8
Ruthenen	3.5	2.8	64.6	58.9
Deutsche	2.2	1.0	7.2	1.2
Andere	0.1	0.2	0.1	0.1
Zusammen	100.0	100.0	100.0	100.0

Die Zahl der polnischen Bevölkerung nahm also in den Jahren 1880 bis 1910 in Westgalizien um 578 565 zu, in Ostgalizien um 1 037 825, die Zahl der ruthenischen Bevölkerung im westlichen Teil des Landes nur um 2167, im östlichen nur um 654 023 zu. Während im Jahre 1880 in Ostgalizien die Ruthenen nur *64,6* Prozent, die Polen *28,1* Prozent der Bevölkerung ausmachten, entfielen im Jahre 1910 auf die ruthenische *58,9* Prozent, auf die polnische dagegen *39,8* Prozent. Diese Ziffern beweisen, daß das polnische Element sich am vorteilhaftesten in Ostgalizien entwickelte. Ohne Zweifel hat auch die Auswanderung der polnischen Bevölkerung aus Westgalizien nach Ostgalizien dazu beigetragen.

Die schon oben besprochenen Veränderungen, die nach dem Jahre 1900 in der Entwicklung der polnischen Bevölkerung einerseits und der ruthenischen andererseits eintraten, stellt die folgende Zusammenstellung dar:

Bei den	Zahl der lebend geborenen	Zahl der Todesfälle	Geburten-Überschuß	Auswanderungs-Übersch.	Tatsächlicher Zuwachs
	Im Durchschnitt der Jahre 1895—1900			1891—1900	
Röm.-kath.	137 578	87 049	50 529	10 800	34 000
Griech.-kath.	142 346	98 496	43 850	7 600	31 808
Juden	32 284	16 619	15 665	11 400	4 234
	In den Jahren 1901—1910 durchschnittlich jährlich				
Röm.-kath.	141 248	86 300	54 948	16 369	38 579
Griech.kath.	147 382	97 129	50 253	23 189	27 064
Juden	30 113	15 223	14 890	8 819	6 071
	Im Durchschnitt der Jahre 1895—1900			1891—1800	
	Auf 100 000 Einwohner im Durchschnitt der Jahre 1895—1900 oder 1891—1900				
Röm.-kath.	424	268	156	34	109
Griech.-kath.	473	327	146	26	108
Juden	404	208	196	144	54
	Auf 10 000 Einwohner im Durchschnitt der Jahre 1901—1910				
Röm.-kath.	400	244	146	47	109
Griech.-kath.	454	299	155	71	84
Juden	358	181	177	105	72

Die natürliche Bewegung der griechisch-katholischen Bevölkerung in Galizien ist der Bevölkerungsbewegung in den 50 Gouvernements von Rußland ähnlich. Auf 10 000 Einwohner entfielen in den Jahren 1895 bis 1900 bei der griechisch-katholischen Bevölkerung in Galizien 473 Geburten, in Rußland 471, die Todesfälle betrugen 327, bzw. 335, der Geburtenüberschuß 146, bzw. 136. In den Jahren 1901 bis 1910 betrug die Häufigkeit der Geburten bei der griechisch-katholischen Bevölkerung in Galizien 454, in Rußland 468, die Häufigkeit der Todesfälle 299, bzw. 300, die natürliche Zunahme also 155, bzw. 168. Die Zahl der Geburten bei der römisch-katholischen Bevölkerung in Galizien ist dieselbe, wie die Zahl der Geburten im Posenschen, dagegen ist die Zahl der Todesfälle im Posenschen beträchtlich geringer, die Zahl der natürlichen Zunahme also beträchtlich größer. Auf 10 000 Einwohner entfielen in den Jahren 1895 bis 1900 bei der römisch-katholischen Bevölkerung in Galizien 424 Geburten, im Posenschen 419, in den Jahren 1901 bis 1910 — 400, bzw. 396, die Häufigkeit der Todesfälle betrug in den Jahren 1895 bis 1900 — 268, bzw. 224, in den Jahren 1901 bis 1910 — 244, bzw. 199; infolgedessen betrug der Geburtenüberschuß bei der römisch-katholischen Bevölkerung in Galizien sowohl in den Jahren 1895 bis 1900 als in den Jahren 1901 bis 1910 auf 10 000 Einwohner jährlich 156, im Posenschen dagegen gar 194, bzw. 197. Die größte natürliche Zunahme hatte in Galizien die israelitische Bevölkerung; sie betrug 196 in den Jahren 1895 bis 1910, 177 in den Jahren 1901 bis 1910. Diese starke Zunahme rührt ausschließlich von der geringen Sterblichkeit der jüdischen Bevölkerung her; die Häufigkeit der Geburten ist nämlich bei der jüdischen Bevölkerung viel kleiner. Beachtung verdient, daß die Zahl der Geburten bei der jüdischen Bevölkerung sich im letzten Jahrzehnt so beträchtlich verringerte, daß dies auch den Rückgang der natürlichen Zunahme dieser Bevölkerung beeinflußte, die in den Jahren 1895 bis 1900 — 15 665 Seelen betrug in den Jahren 1901 bis 1910 nur mehr 14 890. Dagegen nahm auch die jüdische Auswanderung aus Galizien ab; in den Jahren 1891 bis 1900 betrug sie rund 114 000, in den Jahren 1901 bis 1910 nur 88 190. Die Auswanderung der römisch-katholischen Bevölkerung berechnen wir in den Jahren 1891 bis 1900 auf 108 000 Seelen, in den Jahren bis 1901 bis 1910 auf 163 700; noch mehr nahm jedoch die Auswanderung der griechisch-katholischen Bevölkerung zu, namentlich von 76 000 in den Jahren 1891 bis 1900 auf 231 900 in den Jahren 1901 bis 1910. Trotzdem also die griechisch-katholische

Bevölkerung nach dem Jahre 1900 schon denselben natürlichen Zuwachs hatte wie die römisch-katholische Bevölkerung, betrug die tatsächliche Zunahme der römisch-katholischen Bevölkerung in den Jahren 1901 bis 1910 jährlich 190 auf 10 000 Einwohner, die tatsächliche Zunahme der griechisch-katholischen Bevölkerung dagegen nur 84."

Wir glauben dem Verfasser, der seine Arbeit auf ebensolche Glanzleistungen seiner Mitarbeiter und Vorläufer, die die Materialien dazu zusammengetragen und vorbereitet haben, stützt, daß ihm das Kunststück, den Beweis zu führen, „daß das polnische Element sich am vorteilhaftsten in Ostgalizien entwickelt hat", sehr leicht gefallen ist. Der Verfasser hat sich die Aufgabe auch sehr leicht eingerichtet; er brauchte nur einiges hervorzuheben, einiges auszulassen, um zu dem kapitalen Schluß zu gelangen, daß die Zunahme der römisch-katholischen Bevölkerung (die ja nach seiner Ansicht identisch ist mit der polnischen, wie die griechisch-katholische mit der ruthenischen) in den Jahren 1901 bis 1910 jährlich auf 10 000 Einwohner, dagegen die tatsächliche Zunahme der griechisch-katholischen Bevölkerung nur 84 betrug, mit anderen Worten, daß die Zunahme der polnischen Bevölkerung mehr als zweimal so groß ist, wie die der ukrainischen. Daraus können ja weitere noch kapitalere Schlüsse gezogen werden, und zwar einmal, daß die ukrainische Bevölkerung sich in vollständigem Rückgang der polnischen gegenüber in Galizien befindet, daß sie in absehbarer Zeit in eine unansehnliche und bedeutungslose Minorität gedrängt wird und einstmals ganz verschwinden wird, weil das ruthenische Volk im Aussterben begriffen ist, und schließlich — und das ist die Hauptsache — Galizien wird bald aufhören, ein gemischtes Land zu sein, und wird auch tatsächlich zu einem ausschließlich polnischen, wozu ja die polnischen Politiker es schon längst zählen. Daher kann und braucht man den Ukrainern in Galizien keine Rechte, besonders keine nationalen, zu gewähren, denn es fehlt das ethnische Material dazu, resp. es ist im Begriff, vernichtet zu werden. Die polnischen Politiker und Machthaber haben es verstanden, ein nationales Problem in Österreich restlos aufzulösen; der polnischen Staatskunst ist es gelungen, eine große innerpolitische Schwierigkeit zu beseitigen, folglich haben sie große Verdienste um das Staatswohl sich erworben und sind befähigt, ihren großen Einfluß nicht nur zu behaupten, sondern auch auszudehnen. (Z.)

Die Engländer in der Ostsee.

Von Paul Dehn, Berlin.

Bei den Engländern steht die Ostsee in unerfreulicher Erinnerung. Während des Krimkrieges im Frühjahr 1854 erschien eine englisch-französische Flotte unter dem Oberbefehl von Sir Charles Napier vor dem Finnischen Meerbusen mit der Absicht, Petersburg zu beschießen, wagte sich aber nicht weiter hinein, sondern begnügte sich mit der Wegnahme der kleinen Festung Bomarsund auf den Alandsinseln und erreichte nichts.

Die Engländer hatten gehofft, die russische Ostseeflotte zu zerstören und Kronstadt zu erobern. Statt dessen mußte sie erkennen, daß sie über die nautischen Verhältnisse jener Gewässer ungenügend unterrichtet waren.

Dänemark.

Nach Ausbruch ihres großen Krieges von 1914 beschäftigten sich die Engländer mit der Öffnung der Ostsee. Wenn auch nicht gerade für die englischen Flottenleiter, so war es doch für die englischen Straßenpolitiker und ihre Verbündeten eine ausgemachte Sache, daß eine starke englische Flotte in die Ostsee vordringen, Kiel zerstören, sich mit der russischen Flotte verbinden und die deutsche Ostseeherrschaft beseitigen werde.

In London hatte man erwartet, Dänemark werde den Sund und die beiden Belte als internationale Fahrstraßen betrachten und für englische Kriegsschiffe offen halten. Hatte doch im Jahre 1870 das damals angeblich neutrale Dänemark die französische Flotte in die Ostsee gelotst, um ihr einen Angriff auf die deutsche Küste zu ermöglichen. Lange Zeit ankerte diese Flotte in der Kjögebucht südlich von Kopenhagen, von wo sie sich versorgte. Das war völkerrechtswidrig. Man behauptete in Kopenhagen, die Kjögebucht sei als offenes Meer zu betrachten, vielleicht weil sie innerhalb der früheren Schußweite lag. Deutschland war damals ohnmächtig zur See. Bismarck ging über den dänischen Neutralitätsbruch aus Rücksicht auf England und Rußland hinweg.

In diesem Kriege zu einer richtigeren Auffassung seiner Pflichten als neutraler Staat genötigt, ließ Dänemark nach Kriegsausbruch den Sund (wie seinerseits Schweden) und die beiden Belte als dänische Gewässer durch Minen sperren. Es mag dahingestellt sein, ob die englische Admiralität ernstlich daran dachte, die Durchfahrt durch die dänischen Gewässer zu erzwingen und die dänische Neutralität zu brechen. Tatsächlich tauchten im Sommer 1915 englische Unterseeboote in der Ostsee auf. Waren sie durch den Sund oder durch den Belt hineingekommen? Ohne heimliche Hilfe dänischer Lootsen wäre die Durchfahrt kaum möglich gewesen. Indessen schienen in London diese Versuche nicht entsprochen zu haben. Genug, man verzichtete darauf, weitere Unterseeboote in die Ostsee zu entsenden, und ließ auch davon ab, die lückenhafte Blockade durch Entsendung von Kriegsschiffen in die Ostsee zu vervollständigen, nachdem die Reichsregierung ihren festen Entschluß verkündet hatte, die Neutralität der nordischen Länder mit allen ihr zu Gebote stehenden Mitteln zu schützen.

Immerhin blieb ein erneuter englischer Vorstoß gegen die dänische Neutralität bei geeigneter Gelegenheit zu erwarten, zumal die Dänen ihre Zuneigung für England durch ihre Presse nur zu eifrig bekundet hatten.

Dänemark ist eine der verwundbarsten Stellen der englischen Politik. Sollte es den Engländern beifallen, etwa in Esbjerg zu landen, so würden sie, wie dänische Blätter unumwunden zugaben, von den Deutschen einfach ins Wasser geworfen werden. Ein Krieg Dänemarks gegen Deutschland würde, wie die dänischen Blätter einräumten, nur wenige Tage dauern.

Englische Vorstöße in die Ostsee?

Trotz aller Bedenken sachverständiger Kreise hielten englische und französische Stimmen einen Vorstoß der englischen Flotte in die Ostsee für möglich und für notwendig, mindestens so lange, als man noch von der Vernichtung der deutschen Flotte träumte. Hatten doch die Engländer im „New York Herald" vom 17. Juli 1907 versichern lassen, es sei ebenso wenig möglich, ein englisches Geschwader von der Verfolgung des Feindes in die Ostsee hinein abzuhalten, als etwa eine Bulldogge durch Absingung eines Kirchenliedes zu beruhigen! Immer fromm und gottesfürchtig.

Die Strategie der Zurückhaltung, wie sie die eng-

lische Schlachtflotte beobachtete, erregte in Frankreich Verstimmung und veranlaßte den Admiral Dégouy seit Mitte 1915 in der „Revue des deux mondes" und in andern Blättern zu dringlichen Forderungen. Die englische Flotte solle die Durchfahrt durch die dänischen Gewässer, durch den großen Belt, erzwingen, England vorher ein Ultimatum nach Kopenhagen senden, damit Dänemark seine Gewässer von Minen säubere und sich dem Vierverband anschließe. Dänemark müsse sich entscheiden, ob es dem Vierverband helfen wolle, den Deutschen in der Ostsee beizukommen. Nötigenfalls könnte England selbst die Minensäuberung im Großen Belt vornehmen.

Am 15. Mai 1916 verlangte derselbe Admiral Dégouy in der „Revue des deux mondes", daß die Westmächte möglichst viele Schiffe im Tiefgang von weniger als 6 Metern den Russen durch den Sund oder den Großen Belt zu Hilfe schickten. Hiermit anerkannte der Admiral, daß für Schiffe von größerem Tiefgang als 6 Meter, also für die Fürchtenichts, die Durchfahrt nach der Ostsee nicht möglich war.

Auch der italienische „Messagero" vom 24. Februar 1916 ermahnte die Engländer, vor Opfern ihrer Flotte nicht zurückzuschrecken. Hoffentlich habe die englische Admiralität bereits den Durchbruch durch den dänischen Sund und die Absperrung des Kieler Hafens erwogen. Am 24. und 30. April 1917 verlangte auch der Pariser „Rappel" Angriffe der englischen Flotte auf die deutsche Ostseeküste.

Nach der Seeschlacht am Skagerak, die man in London anfangs als glänzenden Sieg gefeiert hatte, hofften englische Blätter auf eine Besserung der „recht störenden Lage" in der abgeschlossenen Ostsee. Was könnte daraus gemacht werden, rief A. Pollen im „Land and Water" vom 20. Juli 1916, „wenn die Fahrstraße durch den Sund einigermaßen gesichert und Libau wieder genommen werden könnte, wenn es den verbündeten Seestreitkräften möglich wäre, unter einheitlichem Befehl zusammenzuwirken, wie bei den Dardanellen und bei Saloniki! Dann könnte die englische Flotte den deutschen Seeverkehr in der Ostsee besiegen, die russische Flotte verstärken und die Seeherrschaft in der Ostsee ausüben."

Noch am 1. April 1916 drohte Archibald Hurd im „Daily Telegraph" den Deutschen „mit der beängstigenden Möglichkeit des Erscheinens der Flotte des Admirals Jellicoe in der Ostsee". Die Hoffnungen wie die Drohungen blieben unerfüllt.

Schweden.

Im Süden abgesperrt, während des Winters auch im Norden, im Osten durch den zeitraubenden Umweg behindert, mußte Rußland, nachdem auch Sund und Belt durch Minen unfahrbar gemacht worden waren, eine kürzere Verbindung mit dem Westen suchen, um unentbehrlichen Kriegsbedarf von England und Nordamerika zu erlangen. England bemühte sich, ein engeres politisches, militärisches und wirtschaftliches Zusammenarbeiten mit Rußland zu erleichtern und suchte neutrale Hilfe. Da es ihm im Hinblick auf die deutsche Nachbarschaft zu gefährlich schien, an Dänemarks Neutralität zu rühren, so wurde Schweden als Verbindungsbrücke zwischen England und Rußland ausersehen.

Die englische Politik arbeitete in Stockholm zunächst nicht mit Drohungen, sondern mit Verheißungen. Es sei Schwedens unwürdig, sich wirtschaftlich von Deutschland durchdringen und wie einst von der deutschen Hansa ausbeuten und bedrücken zu lassen. Vor dem Kriege hätte Deutschland den Durchgangsverkehr zwischen Rußland und dem Atlantischen Meer monopolisiert. Weshalb könnte dieser Verkehr fortan nicht über Schweden geleitet werden? So frug die Londoner „Morning Post" am 13. November und 15. Dezember 1916, und schrieb: „Die Schweden haben vollkommen Anrecht darauf, ihre geographische Lage auszunutzen, und wenn sie diesen russischen Handel entwickeln würden, fänden sie wahrscheinlich, daß all ihr Argwohn gegenüber Rußland sehr bald im Lichte der Freundschaft und Sympathie verschwinden würde. Denn da die Schweden eine hochgebildete Nation sind, könnten sie Rußland auf dem Wege des Fortschritts helfen und sich dieses Land auf ewig verpflichten. Sie könnten ein Bindeglied zwischen England und Rußland bilden, das für sie selbst und die genannten beiden Länder von großem Wert sein würde."

England und Rußland seien bereit, die Unabhängigkeit Schwedens zu verbürgen (wie die Griechenlands, Portugals usw.?).

Schweden ließ sich herbei, im Sommer 1915 seine Eisenbahn bei Haparanda—Torneo an das finnisch-russische Netz anzuschließen, und gestattete die Entwicklung eines umfangreichen Post-, Personen- und Güterverkehrs zwischen England, Nordamerika und Rußland über Gotenburg—Hull. In zahlreichen Schnellzügen wurden Tausende von Briefsäcken zwischen England und Rußland ausgetauscht. Englische und französische Abgeordnete, Offiziere, Mechaniker, Vorarbeiter konnten rasch nach Rußland gelangen und politische Sendlinge hin und her verkehren. So wurde die Hauptstadt des neutralen Schwedens zum wichtigsten Punkt der Ausspäherei des Vierverbandes.

Außerordentlich lebhaft war der Güterverkehr auf dieser Verbindungsbahn infolge der Nachfrage Rußlands nach Fabrikaten, Kolonialwaren usw. Dieser Verkehr brachte den beteiligten Handels-, Schiffahrts- und Bankkreisen in Stockholm mit Hilfe der unter englischer Aufsicht stehenden Transitogesellschaft so reiche Gewinne, daß sie mehr und mehr dem Vierverband zuneigten und auch führende Kreise in Stockholm dafür einzunehmen wußten. Neben solchen Interessen waren etliche deutsche Veranstaltungen, wie Gastspiele des Berliner Deutschen Theaters, wertlos.

Was England mit zunehmendem Druck durch Aufbringung schwedischer Schiffe, Beschlagnahme für Schweden bestimmter Waren, Briefe und Depeschen, Zwangsfahrten schwedischer Schiffe, Überwachung und Schädigung des schwedischen Handels usw. verlangte, ja zu erpressen suchte, die ungehinderte Durchfuhr von Kriegsbedarf nach Rußland, das danach dringlich rief, wurde von Schweden in Wahrung seiner Neutralität abgelehnt. Schweden sperrte auch die Kogrundrinne bei Falsterbo, nachdem sich herausgestellt hatte, daß dieses Gewässer schwedischen Gebiets nach Kriegsbeginn von dänischen Reedern zur Beförderung von Kriegsbedarf und anderer Bannware nach Rußland, von englischen Unterseeboten und auch von englischen Handelsschiffen, die in den russischen Ostseehäfen eingeschlossen waren und zurückkehrten, benutzt worden war. Englands Bemühungen um Wiedereröffnung der Kogrundrinne blieben vorerst erfolglos. Durch Öffnung der Kogrundrinne würde Schweden seine strenge Neutralität brechen.

In einer Unterredung mit dem Berichterstatter des „Stockholmer Dagblad" von Anfang März 1917 rühmte Staatssekretär Dr. Zimmermann das Bemühen Schwedens, seine vollständige Unabhängigkeit als neutraler Staat gegenüber England und Rußland aufrecht zu erhalten und versicherte, man verstehe in Berlin Schwedens schweren Kampf um seine Selbständigkeit.

Angeblich planen die Engländer, den Weg Petersburg—London durch Verlegung über die Alandsinseln und Stockholm nach Gotenburg—Hull zu verkürzen, durch Einrichtung großer Fähren zu erleichtern und

unter ihren Schutz zu stellen. Rußlands Versuche, Schweden und die Ostsee zu umgehen, 1899 durch Eröffnung der Eisenbahn nach Archangelsk und 1917 durch die Eisenbahn zur Murman-(Normann-)Küste hatten den Erwartungen nicht entsprochen.

Sollte sich Schweden zu einer Verbindungsbrücke zwischen England und Rußland hinabdrücken lassen, so würde anfangs sein Handel und Verkehr vielleicht gute Geschäfte machen, bald aber von englischem Übergewicht erdrückt und mit Schweden selbst seine Unabhängigkeit verlieren.

Norwegens war man in London von Anfang an sicher. England hatte die Trennung Schwedens und Norwegens 1905 begünstigt, um der deutschen Flotte im Kriegsfalle die Benutzung schwedisch-norwegischer Häfen unmöglich zu machen. Diese Trennung gehörte zu den Vorbereitungen der englischen Einkreisungspolitik und verpflanzte den dänischen Deutschenhaß nach Norwegen.

Englands Einfluß herrschte in Norwegen. Seit Kriegsbeginn reizten die meisten norwegischen Zeitungen durch Wiedergabe der englischen Entstellungen, Falschmeldungen, Verleumdungen usw. zum Haß gegen Deutschland, ohne daß die norwegische Regierung einschritt. Als aber im März 1917 ein norwegisches Blatt den englischen Gesandten angriff, beeilte sich die norwegische Regierung, einen Gesetzentwurf einzubringen, der die Erregung von Haß gegen ein fremdes Land oder dessen Staatsoberhaupt oder dessen Gesandten unter schwere Strafe stellte. Der Entwurf wurde abgelehnt.

Trotzdem täuschte sich Archibald Hurd, als er im „Daily Telegraph“ vom 5. Februar 1917 nach der amerikanischen Kriegserklärung die Hoffnung aussprach, Norwegen werde in den Krieg eintreten und den nördlichen Ausgang der Nordseehäfen sperren helfen.

England gedachte, mit Hilfe der skandinavischen Länder den Mittelmächten im Norden ihr letztes Luftloch, sozusagen ihre Lunge, abzuschneiden, um sie zu erdrosseln. Unter dieser Politik hatten die skandinavischen Staaten ernstlich zu leiden. Das war für England nebensächlich. In seiner „Nowoje Wremja“ gab der Londoner Zeitungskönig Lord Northcliffe Ende November 1916 den nordischen Neutralen zu verstehen, daß ihre Interessen sehr unwesentlich seien und von England sehr wohl außer Rechnung gelassen werden können, wenn es seine hartnäckigen Gegner vernichten wolle.

Die Alandsinseln.

Die Alandsinseln, 80 an der Zahl mit 20 000 Bewohnern schwedischer Herkunft, liegen näher an Schweden als an Finnland und waren bis 1809 schwedisch. Als das englisch-französische Geschwader Mitte 1854 während des Krimkrieges in der Ostsee erschien, nahm es die Festung Bomarsund auf den Alandsinseln. Nach der Räumung dieser Festung mußte sich Rußland im Pariser Frieden von 1856 auf Englands und Frankreichs Verlangen verpflichten, diese Insel nicht wieder zu befestigen. Als Rußland seine Verpflichtungen nicht innehielt, ließen sich auf Schwedens Wunsch 1908 England und Frankreich nochmals von Rußland das Versprechen geben, die Alandsinseln nicht zu befestigen und daselbst keinen Heeres- oder Flottenstützpunkt zu errichten.

Nach Kriegsausbruch erneuerte und verstärkte Rußland die alten Befestigungen mit einem Aufwand von angeblich einigen hundert Millionen Mark unter Leitung englischer Techniker, offenbar auf Veranlassung Englands. In Schweden wurde man darüber beunruhigt. Am 17. Mai 1916 befrug darüber Professor Steffens in der Ersten Kammer die schwedische Regierung und stellte fest, daß die neuen Befestigungen auf den Alandsinseln zu Angriffen gegen Schweden dienen und zum Schutz der Flankenstellung beitragen, die die russisch-englischen Torpedoboote an den Schären Alands und Abos besitzen würden. Das ganze alandische Labyrinth sei als eine einzige große Festung anzusehen, als Sammelplatz für russische Seestreitkräfte mit der Aufgabe, die schwedischen Küsten anzugreifen und Rußlands Oberherrschaft über das abgesperrte Bottnische Meer herzustellen.

Die schwedische Presse nannte die Befestigung der Alandsinseln eine unerträgliche Bedrückung der Sicherheit und Unabhängigkeit Schwedens, einen gezückten Dolch gegen sein Herz, eine unmittelbare Gefahr für Stockholm, das nahezu in den Bereich russischer Geschütze gebracht wurde.

Zu einem schwedischen Berichterstatter äußerte der österreichisch-ungarische Generalstabschef Conrad von Hötzendorf Anfang Januar 1916: „Ein befestigtes Aland ist eine geballte Faust vor dem Gesicht Schwedens. Jeder Versuch der Russen, die Alandsinseln für militärische Zwecke zu benützen, bedroht stark das Dasein Schwedens.“

In Beantwortung der Anfrage des Professors Steffen nannte zwar der schwedische Minister des Äußeren Wallenberg am 17. Mai 1916 die Alandfrage eine Lebensfrage für Schweden, versicherte, sie aufmerksam zu verfolgen und nichts zu unterlassen, um die Rechte und Interessen Schwedens wahrzunehmen, begnügte sich aber schließlich mit der Angabe, die Alandsbefestigungen seien nicht dauernd und würden nach dem Krieg wieder beseitigt werden. Tatsächlich blieben die Alandbefestigungen bestehen und wurden nur diplomatisch geschleift.

Für die neue russische Republik haben die Alandinseln keinen besonderen Wert. Ist es den Petersburger Machthabern ernst mit ihrer Versicherung, die unterdrückten Völker zu befreien, so würden sie der schwedischen Bevölkerung der Alandsinseln anheimstellen, sich für den Anschluß an Schweden auszusprechen.

Englische Absichten.

Wiederholt und eindringlich betonte England, keine Eroberungen auf dem europäischen Festlande machen zu wollen. Das war zu glauben, denn England hätte solche Eroberungen nicht mehr halten können. Im Mittelmeer hat es seine Seestellungen in Gibraltar, Malta, Zypern und Ägypten während des Krieges durch Besetzung der Dardanelleninseln Imbros, Lemnos und Tenedos vermehrt und scheint sich auch im Norden ähnliche Stützpunkte schaffen zu wollen. Auf Spitzbergen erhebt es Ansprüche, Island hat es wirtschaftlich bereits besetzt.

Als eine der wichtigsten englischen Friedensbedingungen nannten die Londoner Blätter die Internationalisierung des Kaiser-Wilhelm-Kanals unter Englands Aufsicht, weil Deutschland durch diesen Kanal die Einfahrt in die Ostsee monopolisiert habe.

Wie Anfang April 1917 die Blätter berichteten, verhandelte England mit Rußland über die Besetzung der Alandsinseln, um sie zu Stützpunkten für seine Unterseeboote zu machen, und erbot sich dagegen, die russische Kriegsflotte in der Ostsee wieder aufzurichten. Auch hieß es, England begehre einige Inseln an der finnischen Küste, vielleicht Ösel, Abo usw., als Unterpfand für die Vorschüsse, die es in Höhe von mehr als 10 Milliarden Mark seit Kriegsbeginn dem russischen Reiche geliehen. England werde Schiffe und Mannschaften in größerer Zahl nach der Ostgrenze schaffen, um diese Stützpunkte zu besetzen und zu befestigen.

Derartige Meldungen wurden auch von der deutschen Tagespresse übernommen, obwohl sie den Stempel der Unwahrscheinlichkeit, ja Unsinnigkeit trugen. So kurzsichtig sind die Engländer nicht, sich Stützpunkte in einem Randmeer, wie es die Ostsee ist, zu suchen, mit denen sie unter keinen Umständen in gesicherter Verbindung bleiben können. Hinein in die Ostsee mögen englische Kriegsschiffe allenfalls fahren, nicht aber wieder hinaus. Deutschland würde, wie die „Fortnightly Review" im Januar 1916 ausführte, die englischen Geschwader abschneiden, Kopenhagen und den Sund besetzen und die Ostsee schließen. Im Kriege wäre ein Vordringen der englischen Flotte in die Ostsee von vornherein gleichbedeutend mit einem Bruch der dänischen Neutralität.

Den Meldungen von der Schaffung englischer Flottenstützpunkte in der Ostsee könnte ein Körnchen Wahrheit innewohnen. Nach dem Kriege werden die Engländer vielleicht versuchen, sich an der russischen Ostseeküste, in Riga und Reval, falls diese Städte noch der russischen Republik gehören, festzusetzen und sie etwa mit Hilfe des gegen Deutschland geplanten Zollkrieges zu Mittelpunkten des englischen Handels zu machen. Schon sollen englische Gesellschaften auf der Insel Ösel, bei Reval und Baltischport umfangreichen Grundbesitz angekauft haben und durch Sendlinge um die Gunst der estnischen Jugend werben lassen.

Vorläufig wird die Ostsee noch von der deutschen Flotte beherrscht, ohne von englischen Seestreitkräften oder Flottenstützpunkten beeinträchtigt zu werden. Für Deutschlands Seegeltung und Machtstellung ist die Selbständigkeit der skandinavischen Staaten von Wichtigkeit, von noch größerer Bedeutung aber für diese Staaten die deutsche Seegeltung und Machtstellung.

Ein englisch-russischer Sieg würde die Unabhängigkeit der skandinavischen Staaten beseitigt, Schweden zu einem Opfer Rußlands gemacht, Norwegen vollends in die englische Zange getrieben und ganz Skandinavien in die Gefahr gerückt haben, ein Spielplatz englisch-russischer Reiberein zu werden. (m)

Mitteilungen.

Die Balkanländer als Erzeugungsstätte fetter Öle. Die große Knappheit an Fetten aller Art, die uns der Krieg durch das Ausbleiben unserer Zufuhr von Übersee gebracht hat, und die nach fachmännischer Ansicht auch nach dem Eintreten friedlicher Verhältnisse noch Jahre lang, wenn auch gemindert, anhalten wird, läßt uns in erhöhtem Maße unsere Aufmerksamkeit den Erzeugungsstätten fetter Öle zuwenden, die im Bereich befreundeter Länder oder besetzter Gebiete liegen und auf dem Schienenweg erreichbar sind.

Wertvolle allgemein interessierende Gesichtspunkte bietet zu dieser Frage das demnächst zur Ausgabe kommende Buch von Prof. Dr. Adamovic, Die Ackerbaupflanzen der Balkanhalbinsel, das als Heft 2 der verdienstvollen „Balkanbücherei" unseres Mitarbeiters Otto Keßler erscheint. Mit Genehmigung des Verfassers geben wir diese auf die Speisefettgewinnung bezüglichen Ausführungen, die unserem Leserkreis besonders belangreich sein dürften, hier wieder.

Von den fette Öle liefernden Pflanzen sind im großen und ganzen nur der Sesam und die Erdnuß zu erwähnen. Raps wird auf der Balkanhalbinsel nur in Rumänien und Bulgarien kultiviert. Und ebenso wenig wird aus den Mohnsamen und aus den Baumwollsamen Öl erzeugt. Allerdings wurden zu Friedenszeiten diese Samen stark exportiert (nach Triest, Italien und Frankreich), im Lande selbst wurden sie aber nie verwertet.

Der Sesam ist eine im Orient stark verbreitete einjährige Pflanze, aus deren Samen ein sehr geschätztes Öl gewonnen wird. Die Samenkörner enthalten bis 60 Prozent Öl. Aus der ersten Kaltpressung erzielt man durchschnittlich bis 30 Prozent, von der zweiten 10 Prozent und von der dritten (mit heißem Wasser) ebenfalls etwa 10 Prozent Öl. Das erstgewonnene Öl ist selbstverständlich das feinste und stellt ein gutes Speiseöl dar, welches entweder rein oder mit Olivenöl gemischt genossen wird. Das zweitgewonnene Öl ist minder fein und wird gewöhnlich zum Ölen der Maschinen, zu Parfümeriezwecken und zur Herstellung chinesischer Tusche verwendet. Das dritte Öl dient zur Seifenfabrikation und zur Beleuchtung. Der Kuchen (die Trester) dient als Viehfutter. Das Öl des Sesam schmeckt süßlich, ist leicht aromatisch und ganz lichtgelb gefärbt. Bei 3 Grad Kälte verdichtet es sich und bekommt einen matteren Ton. Es läßt sich längere Zeit gut aufbewahren, da es schwer ranzig wird. Im Orient werden die Sesamkörner oft zu Mehl gemahlen, welches zur Kuchenbereitung (Halva in der Türkei, Torrone in Italien) dient.

Der Sesam wird in der Türkei, in Mazedonien, Griechenland und stellenweise auch in Südbulgarien gepflanzt. Er gedeiht in der Hügelstufe mediterraner Länder, wird erst dann gesät, wenn die mittlere Temperatur 14 Grad bis 15 Grad Celsius erreicht hat, blüht im Juli und bringt seine Kapseln zur Reife Ende August oder Mitte September. Besonders verbreitet ist diese Pflanze in Indien, Persien, Palästina, Syrien und Ägypten.

Die Erdnuss (*Arachis hypogaea*) ist ebenfalls eine einjährige subtropische Ölpflanze. Sie wird gegenwärtig in allen subtropischen Gegenden Asiens und in Afrika gezüchtet. Außerdem begegnet man ihr vielfach in Spanien, Frankreich und in Italien, dagegen sehr selten auf der Balkanhalbinsel, und zwar nur stellenweise in Griechenland und in der Türkei.

Ihre unterirdisch versteckten Früchte enthalten viel Öl (ungefähr 50 Prozent Öl, 21 Prozent stickstoffhaltige Substanzen, 17 Prozent organische Stoffe, 2 Prozent Chlor u. a., und etwa 10 Prozent Wasser). Das Erdnußöl ist grüngelb, sehr süß und besitzt einen leichten Mandelgeruch. Filtriert wird es weißlich und klar und, solange es frisch ist, beinahe ebensogut wie das Olivenöl. Im allgemeinen wird das Erdnußöl bei der Herstellung feiner Seifensorten und Toiletteöle, sonst aber zum Ölen von Präzisionsmaschinen verwendet. Die Erdnüsse werden teils roh, teils geröstet genossen und finden mannigfach in der Kakao- und Schokoladefabrikation als Beimischung oder Surrogat für Kakaobohnen Verwendung.

Im Handel ist der Preis des Arachis- oder Erdnußöles doppelt, ja dreimal so hoch als jener des Sesamöles.

Andere Fettöle enthaltende Pflanzen werden, wie bereits hervorgehoben, in den Balkanländern entweder gar nicht oder wenig gezüchtet. Es könnten aber gut gedeihen: Raps*) *Brassica oleifera*), Rübsamen*) (*Brassica Naps*), Nachtviole (*Hesperis matronalis*), Sonnenblume (*Helianthus annuus*), Leindotter (*Camelina sativa*), Madia (*Madia sativa*), und verschiedene Mohn-(*Papaver*-)Arten. Es möge jedoch erwähnt werden, daß weiland Graf Keglevich im Jahre 1892 im Bezirke von Musakija in Albanien ausgedehnte Kulturen von Sonnenblumen zu Versuchszwecken angelegt hatte und daß die Resultate sehr günstig waren. Gegenwärtig ist die Sonnenblumenkultur trotzdem gänzlich unbekannt in Albanien.

Hiermit eröffnet sich den Balkanländern ein landwirtschaftlicher Erwerbszweig, der sich noch besser bezahlt machen dürfte, als der Tabakbau, der mancherlei erschwerenden Umständen ausgesetzt ist. Auch könnten die unter den neuen Großmühlen notleidenden zahlreichen dörflichen Kleinmühlen Bulgariens in Ölmühlen oder Stampfen umgewandelt, und so zu neuer Blüte gebracht werden. Von besonderem Wert ist diese Anregung auch für Albanien, wo gerade die Sonnenblumenzucht besondere Vorteile zu bieten scheint. Nicht nur in der Musakija bei Valona, sondern auch in der Umgegend von Lesch (früher in der Katzelmachergeographie Alessio! genannt) sah ich Sonnenblumen von 2,80 bis 3 Meter Höhe, an denen zahlreiche Blüten-Dolden von erstaunlichem Umfang zu beobachten waren, die ganz ohne Pflege, meist am Rain der Grundstücke gediehen.

Es braucht nur die Aufmerksamkeit auf diesen Umstand gelenkt zu werden, um die betriebsamen Albaner, die ja schon so wie so im ganzen Balkan mit Sesam- und Erdnüssen Handel treiben und als gewissenhafte Kaufleute bekannt sind, zu Unternehmungen anzuregen. Triests Olivenölhandel, der schon vor dem Krieg bedeutend war, bekäme gleichzeitig hierdurch einen neuen Zuwachs.

(Z.) Dr. Falk Schupp.

Ukrainer in Galizien. Gegen die Ansprüche der Polen auf eine erweiterte Sonderstellung Galiziens wendet sich in einem Aufsatz über „Die Ukrainer in Galizien" (Süddeutsche Monatshefte, Mai 1917) der österreichische Reichsratsabgeordnete Dr. Kyrylo Trylowskyi, Obmann der Hauptleitung der ukrainischen Legion, mit begreiflicher Schärfe. Wie die Polen ganz offen bekunden, soll die Sonderstellung Galiziens nach wenigen Jahren die Angliederung dieses Landes an den neuen polnischen Staat vorbereiten und würde in der Tat dazu führen. Unmittelbar vor dem Kriege, sagt Dr. Trylowskyi, stand die politische Kraft der Ukrainer in Österreich in stetiger Zunahme; die erkämpfte neue Landtagswahlreform sicherte ihnen eine tief in die Interessensphäre der Polen ein-

*) Beide Pflanzen werden wohl in Rumänien und auch in Bulgarien seit neuer Zeit angebaut.

greifende Teilnahme an der Landesverwaltung, das reife bürgerliche Bewußtsein und die patriotische Bereitschaft der Ukrainer dem Kriege gegenüber erfüllte die Polen mit begründeten Befürchtungen, daß die Ukrainer Galiziens nach dem Kriege ihre unverjährten Rechte reklamieren und verwirklichen werden! Und das veranlaßte die Polen zu einer unerhörten, vom ethischen Standpunkte einzig dastehenden Aktion der verbrecherischen Verleumdung der Ukrainer, der Überwälzung der Schuld einzelner russophiler Verräter auf die ganze ukrainische Nation und Einleitung der grausamsten Maßnahmen gegen Tausende von Ukrainern. Die Folgen dieser Aktion gestalteten sich zu einem unbeschreiblichen, den Gerechtigkeitsbegriffen des 20. Jahrhunderts hohnsprechenden Martyrium der Tausende von eminenten ukrainischen und österreichischen Patrioten, deren Unschuld keinem Zweifel unterlag und nachher auch bei allen ohne Ausnahme erwiesen wurde! Zwischen den Ukrainern und den Polen wurden dadurch alle vorher schon lockeren Bande nun vollkommen zerrissen. Es gibt kein einziges Gebiet, auf dem ein Zusammenwirken denkbar wäre! Die einzige Lösung dieser verworrenen Frage ist nur die Teilung Galiziens in eine polnische und eine ukrainische Provinz, worauf diese ukrainische Provinz reichsunmittelbar als selbständiges österreichisches Kronland zu erklären wäre. (Z.)

Paul Dehn.

Vereinsnachrichten.

Die Deutsch-Baltische Gesellschaft unter dem Vorsitz Seiner Hoheit Johann Albrechts, Herzog zu Mecklenburg, hielt, wie schon kurz in der zweiten Juninummer der „Osteuropäischen Zeitung“ gemeldet, am 14. Juni ihre erste Gesellschafterversammlung in der Landwirtschaftlichen Hochschule zu Berlin ab. Die Versammlung war leider nicht so gut besucht, wie man das im Hinblick auf die wesentlichen Ziele der Gesellschaft wohl wünschen konnte; aber ich möchte diese mangelhafte Beteiligung nicht, wie das in der Tagespresse bedauernd geschehen ist, auf ein ungenügendes Interesse, sondern auf die vorgerückte Sommerzeit zurückführen. Der Versammlung wohnten jedenfalls Mitglieder der ersten Berliner Gesellschaftskreise bei, zahlreiche Vertreter der Berliner baltischen Kolonie und — als ganz besonders willkommene Gäste, die vom herzoglichen Vorsitzenden persönlich eingeladen worden waren — Vertreter der kaiserlichen und königlichen Behörden. — Das Wort ergriff zuerst Dr. Otto Grautoff, um an der Hand von Lichtbildern in einem fesselnden Vortrag auf den deutschen Charakter der Architektur in den Ostseeprovinzen hinzuweisen. Dr. Grautoff führte mit besonderem Geschick an der Hand von Vergleichen aus, daß sich russische Bauart fremd und feind in den baltischen Städten und Städtchen ausnimmt, während die Kirchen, Patrizierhäuser und Landschlösser, die die Heimat der deutschen Balten schmücken, demselben Kulturboden und derselben Auffassung entspringen, wie die Kirchen, Patrizierhäuser und Landschlösser in den deutschen Hansestädten und im deutschen Osten. An diese Betrachtungen gleichsam anknüpfend sprach Geheimrat D. Dr. Seeberg von den Menschen jener Gebiete, die durch Jahrhunderte trotz allen Ansturms der slawischen Flut aus Osten deutsch geblieben sind und daher dem deutschen Mutterlande als Schutzwall gegen die östliche Gefahr angegliedert werden müssen. Der bekannte talentvolle Redner, dem zuzuhören jedesmal ein neuer reizvoller Genuß ist, wies nach, daß Letten, Esten und Littauer den Russen ihrem ganzen Wesen nach fremd und feind sind und im Grunde nicht nur zum Westen überhaupt, sondern zum deutschen Kulturgebiet im besonderen gehören: denn das wesentlichste Merkmal germanischer Kultur, die Aktivität, unterscheidet sie abgrundtief vom asiatischen Slaven mit seinem deutlichen Hang zur passiven Weltanschauung. Nur eine gewandte russische Divide-et-impera-Politik, das systematische Ausspielen von Nationalität gegen Nationalität, das die russischen Machthaber meisterhaft verstanden haben, ließ Letten, Esten und Littauer vorübergehend von ihren westlichen Kulturwegen abirren und machte sie zu Feinden des deutschen Wesens, das innerhalb der Grenzen der in Betracht kommenden ehemals russischen Gebiete von den deutschen Balten vertreten wurde. Indem Geheimrat Seeberg erklärte, er sei nicht radikal genug, um dringend auf einer Annexion der baltischen Lande zu bestehen, sondern bereit, in einer noch näher zu bezeichnenden Form die Angliederung der fraglichen Gebiete zu empfehlen, wandte er sich gegen die schon oft bekämpfte, aber immer noch vertretene Anschauung, es könne nicht im deutschen Interesse liegen, Rußland seiner westlichen Gebiete zu berauben und damit die Auflösung des riesenhaften Reiches herbeizuführen. Den Vertretern dieser Anschauung hielt Geheimrat Seeberg sehr richtig entgegen, daß Rußlands Auflösung in seine nationalen Bestandteile eine historische und kulturelle Notwendigkeit sei; Rußland bestehe aus unnatürlich aneinander geketteten Völkerschaften, vergleichbar mit einem Blumenstrauß, der „von Stacheldraht und ein wenig Peitschenschnur“ mühsam und gewaltsam zusammengehalten wird ... Dr. Otto Grautoff und Geheimrat Seeberg ernteten reichlichen Beifall; die Versammlung schließend, sprach ihnen Seine Hoheit den Dank der Gesellschaft aus. (Z.) H. Dohrmann.

Berlin. Zum 49. Empfangsabend der osteuropäischen und morgenländischen Vereine, welcher wieder in den Festsälen des „Rheingold“, Potsdamerstraße 3, stattfand, hatte Herr Schriftsteller A. Flachs es übernommen, den Anwesenden einige eigene Arbeiten und einiges Selbsterlebte aus Bulgarien und Rumänien vorzutragen.

Herr Flachs begrüßte die Gäste und insonderheit Seine Exzellenz den kgl. bulgarischen Gesandten Herrn Rizoff und trug alsdann eine Novelle „Erlebnisse eines rumänischen Zigeuners“ vor.

Hieran anschließend bringt Herr Flachs charakteristische Äußerungen einer größeren Anzahl maßgebender Bulgaren über Kaiser Wilhelm zum Vortrag.

Der dritte Vortrag behandelt Reiseeindrücke, die er vor wenigen Monaten in Sofia gehabt. Er erzählt in humorvoller Weise, wie er sich bemüht habe, am ersten Tage seines Aufenthaltes mit dem einen bulgarischen Wort „Molja“ d. h. „ich bitte“ durchzukommen, aber nicht einmal der Schaffner der Elektrischen Straßenbahn, die ihn vom Bahnhof zur Stadt bringen sollte, versteht sein Begehren, als er ihm mit dem liebenswürdigen „Molja“ 10 Stotinki als Trinkgeld überreichen will. Erst ein Mitfahrender muß dem Schaffner durch den Zwischenruf „Bakschisch“ das Verlangen des Erzählers verdeutlichen. Weitere lustige Zwischenfälle folgen, so mit dem Kellner. Letztere kosten im Restaurant und bei den Kutschern dem Erzähler wohl ziemlich viel Geld, bringen ihn aber nicht vorwärts. Zum Schluß sieht er aber doch, daß nur ein deutsch-bulgarisches Wörterbuch weiter helfen kann. Nun macht er allerdings die Entdeckung, daß recht viel Bulgaren gut Deutsch verstehen und in den meisten Fällen auf die Hilfe seines Wörterbuches verzichten.

Außerordentlich lebhafter Beifall lohnt den Redner für jeden seiner unterhaltenden Beiträge.

Nach kurzer Pause folgt von Fräulein Maria Barkany, kgl. preuß. Hofschauspielerin der Vortrag des Gedichtes: Der Untergang eines englischen Kreuzers von Hauptmann Lange (der Vortragenden gewidmet). Das Gedicht schildert in überaus markigen Worten, wie ein deutsches Torpedoboot einen englischen Kreuzer durch Torpedoschuß versenkt.

Rauschender Beifall wurde der Vortragenden zuteil. Die Veranstaltung war trotz tropischer Sommerhitze so besucht, daß der Saal überfüllt war.

Zum 50. Empfangsabend hatte Seine Exzellenz Herr Generalleutnant Imhoff-Pascha es übernommen, die Besucher mit den wirtschaftlichen Beziehungen zwischen Deutschland und der Türkei nach dem Krieg bekannt zu machen. Imhoffs gewinnende Persönlichkeit und seine von aller gelehrten Schwerfälligkeit freie Art des Vortrages hatte auch diesmal wieder eine überaus zahlder Ebenholzsaal im „Rheingold“ alle Gäste zu fassen. Seine Exzellenz begrüßte zunächst die Gäste, insonderheit den türkischen Generalkonsul Exzellenz Lutfi-Bey und die Mitglieder den türkischen Generalkonsul Herrn Lutfi-Bey und die Mitglieder der verbündeten Vereine. Er gedachte als Einleitung zu seinem Vortrage unserer Feldgrauen in Ost und West und der verbündeten Kämpfer und widmete ihnen seinen Gruß. Auf das eigentliche Thema übergehend, führte der Vortragende nun aus, daß durch die Aufhebung der Kapitulationen und anderer die Entwicklung des türkischen Reiches fast in jeder Hinsicht hindernden Verträge begründete Aussicht bestehe, daß nach dem Friedensschluß das türkische Reich neu emporblühen und sich vom Auslande so weit wie möglich unabhängig machen wird. Schon jetzt sind durch verschiedene Gesetze und Anordnungen grundlegende innere Fragen geregelt, verschiedene Eisenbahnläufe sind in ihren Grundzügen festgelegt, andere Gesetze wieder dienen der Förderung des Handels und der Industrie, der Landwirtschaft, dem Minen- und Forstwesen. Der Vortragende nahm Bezug auf einen Ausspruch des türkischen Finanzministers in der Kammersitzung vom 30. Februar d. J., welcher lautete: Wenn es uns gelingt, nach dem Krieg Kapitalien in Höhe von 100 bis 150 Millionen Pfund ins Land zu bringen und zwar unter der Bedingung, daß diese Summen zur Förderung von Ackerbau, Eisenbahnbau, Straßenbauten, der Industrie, des Handels, sowie der Schiffahrt praktische Verwendung finden, so ist, sagt der Finanzminister, die Türkei 10 Jahre später imstande, ihre ordentlichen Ausgaben, sowie die Zinsen und Amortisierung der Staatsschulden selbst zu decken. Man kann wohl sagen, daß dieser Ausblick für unsere Bundesgenossen außerordentlich verlockend ist.

Der Vortragende entwickelt nun fortfahrend die wirtschaftlichen Möglichkeiten in handelspolitischer Beziehung und kommt zu dem Schlusse, daß es eine Utopie sei, Deutschland resp. Mitteleuropa, wie es die Entente beabsichtigt, nach Friedensschluß noch weiter wirtschaftlich zu bekämpfen und vom Weltverkehr auszu-

schließen. Wir sowohl, wie die Entente müssen dahin verkaufen, wo wir kaufen wollen. Deutschland bedarf einer großen Handels- und Kriegsflotte, erstere, um das Land mit Rohstoffen zu versorgen, letztere zum Schutze des Handels. Auch die Türken haben die Schaffung einer großen Handelsflotte und die Hebung ihrer eignen Schiffahrt in ihr Programm geschrieben. Die Förderung der Schiffahrt sei absolut nötig, denn ohne Flotte sei das Land mit einem Körper ohne Arme zu vergleichen. Von besonderer Wichtigkeit für uns und alle Verbündeten sei der freie Donauverkehr. Es ist von außerordentlicher Wichtigkeit, daß man beispielsweise ohne das Mittelländische Meer und den Ozean zu benutzen, von Konstantinopel zu Wasser die von dort zu exportierenden Güter bis in das Herz Deutschlands befördern könnte. Selbstverständlich werde man in Deutschland in der ersten Zeit nach glücklich beendetem Kriege eine gewisse Beschränkung in der Einfuhr der einzelnen Artikel walten lassen. Die vorhandenen Transportmittel werden die Einfuhr regeln und man wird einen gewissen Durchschnitt früherer Jahre zugrunde legen, damit nicht beispielsweise an der einen oder anderen Ware Überfluß herrsche, während eine andere Ware aus Mangel an Transportmitteln nicht herangeschafft werden kann. Um einen annähernden Anhalt über die wirtschaftlichen Möglichkeiten der Türkei nach dem Kriege zu haben, seien nur zwei Länder herausgegriffen, und zwar exportierte nach der Türkei England im Jahre 1877 für 6,2 Millionen Pfund Sterling und 1910 für 8,8 Millionen Pfund Sterling. Deutschland dagegen 1877 nur 0,6 Millionen Pfund Sterling. Man sieht, daß die Steigerung der englischen Einfuhr verhältnismäßig gering ist gegenüber der deutschen Einfuhr. Der Export Deutschlands nach der Türkei bestand in der Hauptsache in wollenen und baumwollenen Stoffen, Maschinen, Waffen, Weizenmehl, Eisenbahnschienen, während uns die Türkei für nahezu allein 20 Millionen Mark Rohtabak im Jahre 1913 lieferte, außerdem Rosinen, Haselnüsse, Opium, Feigen, Baumwolle, Teppiche, Schmirgel, Eier, Schwefel usw.

Der Vortragende bemerkte hier, daß die türkische wirtschaftliche Bilanz Deutschland gegenüber eine passive sei und zwar 1912 mit 25 Millionen Mark. Von besonderem Interesse ist noch zu erwähnen, daß 1912 die deutschen kommerziellen Anlagen in der Türkei 415 Millionen Mark betragen haben, die Beteiligung an der türkischen Staatsschuld aber 535 Millionen Mark, so daß also Deutschland im Jahre 1912 rund eine Milliarde Mark in der Türkei angelegt hatte.

Nachdem der Vortragende die Handelsbeziehungen ausführlich dargelegt hatte, warnte er daran anschließend vor übertriebenen Hoffnungen. Wer glaubt, nun in der Türkei ohne Mühe und Arbeit riesige Summen einheimsen zu können, dürfe sich stark irren. Nach dem Kriege wird jedenfalls ein großes internationales Konkurrenzrennen stattfinden und der Türkei sei es nicht zu verübeln, wenn sie von dem Gebotenen das Beste nehme, woraus unsere Kaufleute die Lehre zu ziehen hätten, nur eben mit den besten Waren nach der Türkei zu gehen. Die türkische Sprache für Handelszwecke zu erlernen sei wohl nützlich, aber nach Ansicht des Vortragenden nicht absolut erforderlich. Schon aus dem einfachen Grunde, weil es ganz ausgeschlossen sei, daß in kurzer Zeit jemand die türkische Sprache so erlernen könne, um Verhandlungen in der Landessprache zu führen. Zuverlässige Vermittler seien noch für lange hinaus unerläßlich.

Als Aussichten für deutsche Unternehmen in der Türkei bezeichnet der Vortragende für die Landwirtschaft den Baumwollanbau in Adana, Konia und Mesopotamien. Auch die Ölbaumkultur und die Seidenraupenzucht und der Bergbau seien sehr aussichtsreich und versprechen bei systematischem Betrieb nach deutscher Art hohen Gewinn. Aber Konzessionen und Vorarbeiten erfordern viel Geld. In der Industrie seien die verschiedenen Zweige entweder ganz neu zu gründen oder von Grund aus zu verbessern, da die ganze Industrie ebenfalls noch in den Kinderschuhen steckt.

Als Einfuhrartikel kämen in der Hauptsache Eisenwaren, Baumwollwaren, Waffen, verschiedene Baustoffe, Haushaltungsartikel usw. in Betracht, aber nochmals sei bemerkt, daß es einer sehr gewissenhaften und sorgfältigen Arbeit bedarf, um Erfolge zu erzielen.

Deutschland wird zuerst der gebende Teil sein müssen und unsere Kaufleute und Ingenieure werden nur Erfolge haben können, wenn sie sich auf das eingehendste mit der Psyche des Volkes beschäftigen werden. Der Vortragende schließt mit dem Wunsch, daß die junge Ehe zwischen Deutschland und der Türkei zu beiderseitiger Zufriedenheit ausfallen möge.

Außerordentlicher Beifall lohnte den Vortragenden.

Nach kurzer Pause trug noch unsere verehrte Vortragskünstlerin Frau Maria Lux einige Gedichte vor.

Zum 51. Empfangsabend hatte Seine Exzellenz, der General der Jnfanterie z. D. Siemens den Vorsitz übernommen. Er begrüßte die außerordentlich zahlreich erschienenen Gäste und Mitglieder der Vereine auf das wärmste, und gab seiner Freude darüber Ausdruck, daß trotz des außerordentlich warmen Wetters ein so zahlreicher Zuspruch zu verzeichnen sei. Der Vorsitzende begrüßte im besonderen Seine Exzellenz den Königlich Bulgarischen Gesandten Rizoff, welcher die Veranstaltung mit seiner Gattin beehrte, ebenso war die Gattin des Bulgarischen Legationssekretärs, Herrn Dr. Anastasoffs, Tochter des Ministerpräsidenten Radoslawow, erschienen. Als Hauptredner für den Abend war Herr Schriftsteller Adolf Flachs gewonnen, der es übernommen hatte, die Versammlung mit einem Geschichtswerk des bulgarischen Professors, Herrn Anatoffs, bekannt zu machen. Der Vortragende verstand es, in überaus anschaulicher Weise in die geschichtliche Vergangenheit des Bulgarenvolkes einzuführen, er wußte die außerordentliche Tapferkeit und die glühende Vaterlandsliebe des Bulgarenvolkes in anschaulichen Worten zu schildern. Er berührte mit kurzen Worten die siegreichen Kriege der Bulgaren von 1885 und 1912 und gedachte des schimpflichen Friedens, den Bulgarien durch die Hinterlist der Rumänen zu schließen gezwungen war. Er stellte ferner fest, daß wir von dem tapferen Bulgarenvolke recht herzlich wenig wußten, bis am 16. September 1915 durch den Anschluß Bulgariens an die Mittelmächte und die Türkei wir mit ihm in engste Berührung kamen. Wie der Redner betonte, war es auch fast unmöglich, sich einigermaßen ohne umfangreiches Studium über Bulgarien und sein Volk bis jetzt zu informieren, gab es doch zwar von deutscher, nicht aber von bulgarischer Seite Darstellungen der geschichtlichen Entwicklung dieses Volkes. Erst durch das jetzt zur Veröffentlichung kommende Werk des Herrn Professors Antonoff wird es besser möglich sein, sich über das Volk der Bulgaren in bulgarischer Darstellung zu orientieren. Zu dem überaus wertvollen textlichen Inhalt kommen noch acht Reproduktionen seiner Gemälde, die in dem Werk verteilt sind. Herr Professor Antonoff führt in seinem Buch aus, daß das bulgarische Volk vor ungefähr 2000 Jahren zuerst aufgetaucht sei. 4 bis 500 Jahre später kamen sie aus ihrer Heimat im Altaigebirge in Zentralasien nach Europa und da machen sie sich durch ihre Tapferkeit und Freiheitsliebe bald bemerkbar. Zu Ende des 5. und der ersten Hälfte des 6. Jahrhunderts ließen sie sich im nördlichen Teil der Balkanhalbinsel nieder. Bulgarien war im 9. Jahrhundert unter dem Zaren Boris dem Heiligen und seinem Nachfolger, nebst dem Frankenreich der Karolinger der größte Staat in Europa, umfaßte er doch den größten Teil des Balkangebietes, fast ganz Ungarn mit Budapest, Transsilvanien, Rumänien und Bessarabien. Die Hauptstadt dieses ersten Bulgarenreiches war das heutige Schumla. Durch die ewigen Kriege aber ging das Reich bald zugrunde. Im 11. Jahrhundert begannen sich die Bulgaren wieder zu rühren und in den Jahren 1086—1393 stand der Staat wieder in Blüte, wenn auch nicht mehr in der ursprünglichen Größe. Die türkische Flut vernichtete wieder das zweite Bulgarenreich. Ungefähr an 500 Jahre waren dann wieder nötig, um das dritte Bulgarenreich erstehen zu lassen. Der Vortragende gibt nun einen eingehenden Überblick über Volk und Fürsten der Bulgaren, ihr Leben und ihr Arbeiten. Ferner erzählt er noch über die verschiedenen Kriege und die Art, wie die Bulgaren die Kriege zu führen wußten. Herr Adolf Flachs ging nun etwas näher auf den Verfasser selbst ein und betonte nun zunächst, daß er in seiner Heimat ein warmer Fürsprecher der deutsch-bulgarischen Freundschaft gewesen ist. und auch in Wort und Schrift für den Anschluß Bulgariens an die Mittelmächte gearbeitet hat. Nachdem Herr Antonoff das Gymnasium in Warna durchlaufen hatte, widmete er sich während dreier Jahre seinem Studium in München, kehrte dann als Gymnasiallehrer in seine Heimat zurück, wo er bald durch seine historischen Gemälde Aufsehen erregte. Zu seiner weiteren Ausbildung arbeitete er mehrere Jahre in Paris, Rom, Florenz und München, wo er einer der eifrigsten Schüler Professor Lenbachs war. Die Ausstellung einer Anzahl seiner Werke zeugte von seinem künstlerisch hochwertigen Schaffen. Lebhafter Beifall lohnte den Vortragenden für seine interessanten Darbietungen. Hieran anschliessend brachte die Konzertsängerin Irma Weile einige Lieder zum Vortrag. Ihr wunderbares Organ entzückte die Zuhörer, zumal Fräulein Weile in Herrn Dr. F. Günther einen ebenbürtigen Partner gefunden hatte. Hierauf folgte Hofschauspielerin Fräulein Maria Barkany, welche in vollendeter Weise eine Anzahl Gedichte zum Vortrag brachte. Auch dieser Mitwirkenden stattete die Versammlung durch reichen Beifall ihren Dank ab. Am Schluß des Abends übernahm es Herr Flachs noch, die ausgestellten Gemälde näher zu erläutern. der zur Verfügung stehende Raum verbietet aber, in ausführlicher Weise darauf einzugehen. Die meisten der Gemälde sind in dem erwähnten Werk, das binnen kurzem im Buchhandel erscheinen wird, wiedergegeben. (Z.)

Oberingenieur Alfred Klötzer.

Verantwortlicher Schriftleiter: Dr. Falk Heinrich Schupp in Berlin. Verlag J. F. Lehmann in München. Verantwortlich für den Anzeigenteil: Gerhard Reuter in München-Pasing. Druck von Kastner & Callwey, kgl. Hofbuchdruckerei in München.